Nr. 130. Halle (Saale), Donnerstag, den 5. Juni 1919. 30. Jahrg.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die Nonpareillezeile, 30 mm breite Millimeterzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 92 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk.

Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Barg 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1046. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Seit dem militärischen Zusammenbruch und dem Ausbruch der Revolution treiben in Deutschland Verräter ihr schamloses Spiel. Dieselben Kreise, die zum Kriege gehetzt, die zur Bekriegung ihrer Annektionsgelüste den rechtzeitigen Friedensschluß vereitelt, die sich als die alleinigen Vertreter des nationalen Gedankens gebärdet haben, konspirieren jetzt mit den fremden Generalen und Regierungen, um

Teile Deutschlands vom Reiche loszureißen.

Sie tun es, um materielle Vorteile für sich zu ergattern, die kapitalistische Herrschaft gegen die revolutionäre Bedrohung zu sichern, den schweren Lasten des Krieges sich zu entziehen.

Den kapitalistischen Verräätern gesellen sich die klerikalen Machtpolitiker zu. Während des Krieges, trotz des Christentums, die Helfershelfer der Schwerindustriellen und Kriegslieferanten, halten sie jetzt die Gelegenheit für günstig, katholische Sonderstaaten von dem protestantischen Deutschland loszureißen, um in ihnen ihre Alleinherrschaft zu errichten.

Gegen diesen Volksverrat ihrer schlimmsten Feinde erhebt die sozialdemokratische Arbeiterschaft den schärfsten Protest. Das Proletariat fordert gerade von seinem grundsätzlichen internationalen Standpunkt aus den nationalen Einheitsstaat. Die nationale Zerreißung hemmt und verfälscht seinen Klassenkampf. Die deutsche Arbeiterklasse fordert

die sozialistische Einheitsrepublik;

sie bedarf der einheitlich zusammengefaßten Staatsmacht, um die großen politischen Aufgaben, die seine Herrschaft dem Proletariat stellt, zu erfüllen; sie bedarf des einheitlichen Wirtschaftsgebietes, um die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft durchzuführen. Zugleich wird weitgehende Selbstverwaltung, besonders auf allen kulturellen Gebieten, jene Einförmigkeit und Uniformierung trotz straffer Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und politischen Energien verhindern.

Unsern revolutionären, sozialistischen und internationalen Grundsätzen folgend, habt ihr, Arbeiter der vom Verrat bedrohten Gebiete, bereits durch die Proteststreiks in Köln, Wiesbaden, Mainz und anderen Orten mit aller Kraft gegen die Zerreißungs- und Zerstückelungsbestrebungen der kapitalistischen und klerikalen Nationsverderber demonstriert. Ihr werdet euch auch weiter von allen nationalistischen Kundgebungen fernhalten. Bleibt aber unbeugsame Feinde aller separatistischen Verrätereien, die die Aufrichtung der deutschen sozialistischen Republik unmöglich machen sollen.

Im Verein mit der ganzen Internationale protestieren wir gegen den Gewaltfrieden, der deutsches Gebiet gegen den Willen der Bevölkerung abtrennen und die Kraft der deutschen Arbeiterklasse lähmen will. Wir vertrauen darauf, daß

der siegreiche Vormarsch der Internationale

diese Gefahren bannen werde. Im Innern aber wollen wir den kapitalistischen und klerikalen Verräätern durch die Macht der deutschen Arbeiterklasse den Bewirs erbringen, daß ihre Fluchtversuche vor dem Sozialismus zum Scheitern verurteilt sind.

Für die Einheit der deutschen sozialistischen Republik gegen kapitalistische Ausbeutung und klerikale Machtgelüste geht der Kampf! Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands erwartet von euch, daß ihr auch in diesem Kampfe in den vordersten Reihen stehen werdet!

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

*

Die rheinischen Hochverräter.

Frankfurt a. M., 4. Juni. Die führenden Persönlichkeiten beim Putsch sind, nach Mainzer Meldungen, folgende Herren: die Lehramtsassessoren Dr. Klingenschmidt und Dr. Diehl, beide Zentrumsleute; ferner Amtsgerichtsrat Liebing, der durch Erbschaft seiner Frau Inhaber des Verlags Erich Müller ist. Die Haupträuber sind jedoch

schwerindustrielle Kreise, vertreten durch ihre Rechtsanwälte Schreiber und Winkler, und schließlich der juristische Schriftsteller Justizrat Dr. Fuld.

Am bedauerlichsten ist, daß auch ein hoher Regierungsbeamter unter den Verrätern ist, der Regierungsrat Werner, Vertreter des Provinzialdirektoriums.

Berlin, 4. Juni. Aus Wiesbaden wird berichtet, daß Dr. Dorten seit gestern trotz eifrigsten Suchens nicht auffindbar sei.

Gegenkundgebungen der Arbeiterschaft.

Berlin, 4. Juni. (W. T. B.) In Aachen haben heute die Arbeiter eine gewaltige Demonstration gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik veranstaltet. In Köln haben die Arbeiter wegen der Ausrufung der Rheinischen Republik ebenfalls mit dem Streik gedroht.

Hochverrat auch im Osten?

Berlin, 4. Juni. Wie Wolffs Bureau erfährt, sollen in Ostpreußen Bestrebungen im Gange sein, Ostpreußen und Westpreußen bis zur Weichsel als selbständige Republik, vielleicht unter der Präsidentschaft des Bischofs von Ermland, erstehen zu lassen. — Die Staatsregierung wird, wie man wohl annehmen kann, diesen hochverräterischen Plänen genau so energisch entgegentreten, wie denen im Rheinland.

Die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge.

Paris, 4. Juni. (W. T. B.) Die vier Regierungschefs setzten Dienstag nachmittag die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge fort. Man hofft, daß sie am Donnerstag damit zu Ende sein werden. Sie werden dann eine endgültige Entscheidung über die Antwort treffen.

Versailles, 4. Juni. (W. T. B.) Wie Echo de Paris mitteilt, ist der Bererrat durchaus einig über den Sinn der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge, welche, fern von jeder Schwäche, sich durch Festigkeit auszeichnen werde. Ihr Wortlaut werde in der morgigen Sitzung festgestellt werden. Man erwartet, daß sie den deutschen Delegierten Ende der Woche zugestellt werden kann.

Englische Proteste gegen den Gewaltfrieden.

Amsterdam, 4. Juni. (W. T. B.) Wie Daily Herald meldet, fand am 30. Mai in der Essexhall in London eine Protestversammlung gegen die „absurden, frevelhaften Friedensbedingungen" mit Deutschland statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Friedensbedingungen protestiert wird, die eine Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen, eine Vergewaltigung der Grundsätze, von denen die britischen Staatsmänner bei der Fortsetzung des Krieges geleitet wurden, und die Vernichtung des Völkerbundes bedeuten.

Der Massenstreik in Frankreich.

Versailles, 2. Juni. (W. T. B.) Wie schon gemeldet, streiken seit heute früh sämtliche Untergrundbahnangestellten, -Beamte und -Arbeiter. Der gesamte Verkehr ruht. Wie die Abendblätter mitteilen, haben in den Vormittagsstunden streikende Untergrundbahnangestellte begonnen, Omnibusse und Straßenbahnen in Paris anzuhalten. Nachmittags ruhte auch der gesamte Betrieb dieser beiden Verkehrsmittel. Die Bewegung greift immer weiter um sich. In den Vororten von Paris, die wie Boulogne, Billancourt und St. Denis große Industriemittelpunkte sind, haben sämtliche Metall-, Automobil- und Flugzeugfabriken usw. im Laufe des heutigen Vormittags schließen müssen.

Versailles, 4. Juni. (W. T. B.) Den Abendblättern zufolge scheint die Streikbewegung in Paris und Frankreich unverändert zu sein. Der Betrieb einiger Pariser Untergrundbahnlinien wurde teilweise von Streikbrechern wieder aufgenommen. Bei zahlreichen Gewerkschaften scheint die Gärung zuzunehmen. Die Elektriker haben in Pariser Werkstätten teilweise zu streiken begonnen. Laut Populaire haben mehrere Gewerkschaften in den Provinzstädten, namentlich in Marseille, Limoges den Streik erklärt. In Versailles haben die Straßenbahnangestellten vormittags die Arbeit wieder aufgenommen.

Von Soir zufolge werden die Führer der englischen, italienischen und französischen sozialistischen Parteien, die bereits kürzlich in Mailand zusammengekommen sind, in etwa acht Tagen in Paris wieder zusammentreten, um den Arbeitergewerkschaften der drei Länder einen sozialistischen Generalstreik von ein oder zwei Tagen vorzuschlagen. Die sozialistischen Führer beabsichtigen, durch diese Riesenkundgebung die Kraft der Arbeiterklasse und den Willen der Arbeiterschaft, sich jeder Intervention in Rußland zu widersetzen, zu beweisen.

Der politische Charakter der französischen Streikbewegung wird von den sozialistischen Blättern in Paris offen zugegeben.

Sieg der Bolschewisten.

Stockholm, 4. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist General Koltschak geschlagen worden. Die Bolschewisten haben 45000 Gefangene gemacht. Der Aufruhr in der Ukraine ist niedergeschlagen und der finnische Vormarsch auf Petersburg zum Stehen gebracht worden.

*

Der geheimnisvolle Befehl. Bürgerlichen Berichterstattern zufolge berichtet der Pariser Temps in seiner Dienstagausgabe, daß ein geheimnisvoller Befehl den Vormarsch gegen Petersburg seit gestern zum Stillstand gebracht habe, aber Tatsache sei jedenfalls, daß die unter so günstigen Umständen fortgeschrittene Operation kurz vor Erreichung des Zieles ein vorläufiges Ende gefunden hat.

Vormarsch der Ungarn. Wien, 3. Juni. Nach Meldungen aus Prag herrscht dort lebhafteste Bestürzung über die aus der Slowakei gekommenen Nachrichten. Ein Drittel der Slowakei ist bereits in den Händen der Magyaren. Kaschau ist geräumt, in Preßburg werden Vorbereitungen zur Räumung getroffen.

Die Leiche von Rosa Luxemburg

ist einwandfrei erkannt worden. Eine langjährige Sekretärin und eine Freundin von der Betätigten die Identität. Die Leiche wurde vom Kriegsgerichtsrat Ehrhardt zur Beerdigung freigegeben.

Die Reichsfarben — Schwarz-Rot-Gold. Berlin, 4. Juni. In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung wurde in der Abstimmung über die Reichsfarben die Regierungsvorlage, die die Farben Schwarz-Rot-Gold vorsieht, angenommen.

Krachen im Gebälk.

Zum Parteitage der Abhängigen.

Die Regierungssozialisten werden ihren Parteitag in der Pfingstwoche in Weimar abhalten. Es geht diesmal bei gedämpfter Trommel Klang. Seit der Würzburger Tagung im Jahre 1917, wo man sich noch mit sozialpatriotischem Stolze auf dem hohen Siegesroß der alldeutschen Kriegspolitik tummelte, haben sich die Zeiten erheblich geändert. Solange die von den regierungssozialistischen „Führern" durch Kriegskreditbewilligung, Burgfrieden, Zwangsarbeitergesetze, Kriegsanleihezeichnungen und dergleichen sozialpatriotische Taten begeistert unterstützte und geförderte Kriegspolitik der wilhelminisch-ludendorffschen Regierung noch auf einen überwältigenden militärischen Sieg rechnete, da fühlten sich auch die Regierungssozialisten mit ihrer „bewährten" „vaterländischen" Politik obenauf. Sie hielten ihre Stellung im Volke auch dann noch für unerschütterlich, als sie von Nutznießern des Kriegs-Belagerungszustandes zu solchen der Revolution hinüberwechselten.

Der Ausfall der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung schien ja auch ihnen und ihrer Kriegspolitik recht zu geben. Sie „triumphierten" und blickten überlegen auf das „kleine Häuflein der Unabhängigen", denen sie nicht mehr Bedeutung zugestehen wollten als der „jungsozialistischen" Bewegung der 90er Jahre. Es stellte sich indes bald heraus, daß ihr „Triumph" recht billig erkauft und von sehr zweifelhaftem Herkommen war. Der rechtssozialistische Wahlerfolg war, bei Lichte besehen, ein ganz erklärliches Ergebnis einer Volksabstimmung, wie sie bei dem vierjährigen Lügen- und Verleumdungsfeldzuge der bürgerlich-kapitalistischen und auch der rechtssozialistischen Presse und bei ihrer starken Verbreitung gar nicht anders sein konnte. Hatten uns doch die Regierungssozialisten unter dem Schutze des Belagerungszustandes und unter „freundlicher" Mitwirkung der Gewalthaber des alten Systems eine ganze Reihe unabhängiger Zeitungen geraubt; die sonstige Schurigelei besorgte dann die Zensur in ausreichendem Maße . . .

Erst die Revolution brachte der Unabhängigen Sozialdemokratie die Möglichkeit, durch eine erweiterte Presse zu größeren Volksmassen sprechen zu können. Ein unfreiwilliger, aber höchst wirkungsvoller Mithelfer erstand ihr dann in den letzten Monaten in den „glorreichen Taten" der „sozialistischen" Regierung Ebert-Scheidemann-Landsberg-Noske. Besonders die brutale Gewaltherrschaft des Noske, die zynische Wiederaufrichtung der alten Militärgewalt, die Bluttaten der Noske-Soldateska usw. halfen trefflich werben für die Unabhängige Sozialdemokratie!

In steigender Zahl erkannten die noch sozialistisch denkenden Arbeiter in den Reihen der Regierungssozialisten, daß das unsozialistische Tun der Ebert-Scheidemann-Regierung und die von Noske planmäßig betriebene Abwürgung der Revolution wider ihre proletarische Klassenehre ging! Es setzte eine förmliche Massenflucht aus dem regierungssozialistischen Lager ein. In vielen Orten traten ganze Organisationen der Rechtssozialisten zu der Unabhängigen Partei über. In den rechtssozialistischen Parteivereinen macht sich allerorts eine starke Unzufriedenheit und eine heftige Opposition gegen „Führer" und ihre arbeiterverräterische und revolutionsfeindliche Taktik bemerkbar. So vor allem in Berlin und unlängst besonders schroff auch in ihrer „Hochburg" Breslau.

Es knistert und kracht also ganz bedenklich im Parteigebäude der Regierungssozialisten und die Zersetzung greift unaufhaltsam weiter um sich.

Den gleichen Eindruck der Desorientierung und des Zerfalles gewinnt man, wenn man die Anträge durchliest, die von den örtlichen Organisationen zum Parteitag in Weimar gestellt worden sind. Diese Anträge füllen zwar zweieinhalb Seiten des Vorwärts, aber es ist mehr eine Fülle der Worte als der Gedanken. Fast alle üben heftige Kritik an der bisherigen Politik, manche stellen Forderungen für die künftige Tätigkeit der Partei; jedoch wird diese Kritik nicht von großen und schöpferischen Gedanken bewegt, sie verliert sich in Einzelheiten, sie beschäftigt sich mit einer Reihe von Begleiterscheinungen, ohne zu wagen, den grundsätzlichen Standpunkt der Partei konsequent anzugreifen. Und das ist erklärlich. Es kann, für jeden Arbeiter, der dem Sozialismus zum Siege verhelfen will, nur die eine Erkenntnis geben: daß die rechtssozialistische Partei dem Namen nach eine sozialistische Partei ist, daß sie in Wirklichkeit aber immer mehr zu einer kleinbürgerlich-radikalen Partei wird. Nur im Kampfe Klasse gegen Klasse kann das Proletariat zur Verwirklichung des Sozialismus kommen; das von den Rechtssozialisten eingegangene Bündnis mit der Bourgeoisie muß aber dahin führen, die Befreiung des Lohnarbeiters vom Joch des Kapitalismus immer weiter hinausszuschieben.

Am weitesten geht man noch in Jena, von wo ein Antrag vorliegt, die Haltung der Reichstagsfraktion während des Krieges zu bedauern, weil sie nicht im Interesse des deutschen Volkes wie insbesondere der Arbeiterklasse gelegen habe. Es heißt in dem Antrag, daß im Anfang des Krieges die Mehrzahl der Parteigenossen nur deswegen mit der Bewilligung der Kriegskredite einverstanden gewesen sei, weil sie an den Verteidigungscharakter des Krieges glaubten. Jetzt stehe jedoch fest, daß die damals in Deutschland regierenden Kreise nicht nur Mitschuldige am Ausbruch des Krieges waren, sondern sogar bewußt auf ihn hingearbeitet hätten, in der Absicht, ihre imperialistischen Pläne zu erreichen. Hier stocken die Leute aus Jena schon; die rechtssozialistische Politik

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190605-16/fragment/page=0001

Seit dem Zusammenbruch im November ist die natürliche Fortsetzung ihrer Politik während des Krieges.

Ein Antrag Göttingen fordert, daß „ein Mittel gesucht" werden solle, um den drohenden Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens zu verhindern. Die Formulierung dieses Antrages ist ziemlich unklar.

Der Wunsch nach einer Wiedervereinigung des Proletariats kommt in einer ganzen Anzahl Anträge aus den verschiedensten Teilen des Reiches zum Ausdruck. Einige verlangen, daß die kompromittierten Führer zurücktreten sollen und daß die Einigungsbestrebungen an Persönlichkeiten nicht scheitern dürften. So gut gemeint diese Anträge sind, so werden sie bei der verknöcherten Parteibureaukratie auf den heftigsten Widerstand stoßen. Es ist anzunehmen, daß auch diese Bureaukraten in Weimar ebenso wie in Würzburg sich für die Einigungsbestrebungen werben, aber solange sie unter Einigkeit des Proletariats nur das eine verstehen, daß die gesamte Arbeiterschaft die Politik der Scheidemann und Noske mitmachen soll, so lange wird die Einigkeit noch gute Weile haben.

Bemerkenswert ist es, daß selbst bei den Rechtssozialisten die Erbitterung über die Neubelebung des Militarismus tiefe Wurzeln geschlagen hat. Einige Anträge glauben durch Umbildung der Freiwilligen-Regimenter, insbesondere durch Entfernung der „autokratischen" Offiziere, dem Uebel steuern zu können, andere dagegen verlangen die sofortige Auflösung der Weißen Garden und die Bildung einer wirklichen Volkswehr. Altona will Herrn Noske ersuchen lassen, „sich auf die Pflichten eines Parteigenossen zu besinnen und jede Provokation der Arbeiterschaft zu unterlassen". Weimar verlangt vom Parteitag, daß er Herrn Noske zu seinem Rücktritt veranlassen solle, und Münster beantragt gar, den großen Mann aus der Partei auszuschließen.

Das sind einige Stichproben aus den dem rechtssozialistischen Parteitag vorliegenden Anträgen. Auch sie zeigen, daß die Krise der rechtssozialistischen Partei sich unter dem Druck der Arbeitermassen mehr und mehr verschärft. Während die Unabhängige Sozialdemokratie von Tag zu Tag das Vertrauen des Proletariats durch ihre grundsätzlich sozialistische Politik in steigendem Maße gewinnt, die innere und äußere Geschlossenheit zunimmt, ist in die Reihen der Rechtssozialisten Unglaube und Verdrossenheit eingezogen. Der Zerfall der Partei spiegelt sich in den Anträgen an den Parteitag wider. Auch die Weimarer Tagung vermag ihn nicht aufzuhalten. Er ist besiegelt durch die unsozialistische Politik der Abhängigen und somit gleichsam nur Schicksalserfüllung!

Willkürherrschaft im Ruhrrevier.

Im Ruhrgebiet herrscht gegenwärtig ein Willkürregiment, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. „Politisch Unrüchige" werden nicht nur ohne Angabe von Gründen, sondern in der Tat ohne jeden gesetzlichen Grund aus der Wohnung heraus, von der Straße weg oder wo man sie gerade antrifft, nach den Kerkern geschleppt. Besonderer Liebe erfreut sich die seinerzeit von der Arbeiterschaft eingesetzte Neunerkommission. Sie sollte die Sozialisierung des Bergbaues durchführen. Ihre Aufgaben waren rein wirtschaftlicher, allerdings kapitalswirtschaftsfeindlicher Natur. Sie hat den ihr gestellten Rahmen nie überschritten, niemals Beschlüsse gefaßt, die mit politischen Bewegungen sich irgendwie befaßten. Sie hielt sich fern von allen Parteibestrebungen. Nichtsdestoweniger wurden die Mitglieder samt und sonders wegen Hochverrats eingesteckt. Ja, nicht nur die Mitglieder, sondern auch wahllos eine Anzahl anderer Personen, die weiter nichts begangen hatten, als im Augenblick der Festnahme mit den Mitgliedern der Neunerkommission zusammen zu sein.

Das Gericht sagt, das Programm der Neunerkommission geht auf den Sturz der bestehenden Regierung und die Errichtung der Räterepublik aus. Aber niemals hat sich die Neunerkommission mit derartigen Fragen befaßt. Obwohl dem Gericht wiederholt angeboten worden ist, an Hand der über die Verhandlungen der Neunerkommission geführten Stenogramme klipp und klar beweisen zu wollen, welche Fragen die Neunerkommission beschäftigt haben, bleibt diese Seite der Sache ununtersucht und die Genossen weiter in Haft. Als schließlich die Untersuchung ergab, daß zahlreiche Haftbefehle nicht aufrechterhalten werden konnten, wurden diese dann auch in aller Form aufgehoben. Aber die Verhafteten wurden dessenungeachtet weiter in Haft behalten. Und sie befinden sich auch heute noch hinter Gefängnismauern, sogar solche Personen, deren Entlassung aus gesundheitlichen Gründen von Aerzten verlangt worden war. In einem Falle wurde der Entlassung so lange Widerstand entgegengesetzt, bis der von der Haft so schwer Betroffene buchstäblich zusammenbrach, nicht mehr gehen konnte und auch schwere Sprachstörungen erlitten hatte. So verfährt man im freien Deutschland mit Personen, in deren politischer Tätigkeit man Kampf gegen den Kapitalismus erblickt. Man verhaftet sie wider Gesetz und Recht, und wenn Gesetz und Recht die Inhaftierung als unzulässig erklärt haben, setzt man die als Opfer ausersehenen politisch Unrüchigen „erst recht" fest!

•

Im Ruhrrevier wurden vor einigen Wochen Tausende von Bergarbeitern auf Grund des ungesetzlichen Belagerungszustandes in Schutzhaft genommen. Alle Instanzen lehnten und lehnen ab, für die Familien der in „Schutzhaft" Genommenen irgendwelche Unterstützung zu zahlen. Somit sind nicht nur die Verhafteten in der brutalsten Weise vergewaltigt, sondern auch die Familien ihrer Unterhaltsmittel beraubt und den Drohungen oder dem „Verbrechen" in die Arme getrieben. Jetzt wurden die Arbeiter, soweit sie endlich aus der Haft entlassen, weiter dem wirtschaftlichen Elend ausgeliefert, indem man sie auf höheren Befehl nicht wieder in Arbeit nahm. So führt die „sozialistische" Regierung den Kampf gegen die, die sie als ihre politischen Widersacher betrachtet. So leichtfertig, wie unter dem Noskeschen Regime, sind selbst in den Zeiten höchstgesteigerten Kriegstaumels Recht und Freiheit nicht geschunden worden.

Zuchthausurteil zum Schutze der Noskeföldner.

Verbrecherische Rachsucht blindwütiger Militärs und wahnwitzige Verfolgungssucht schwärzester gegenrevolutionärer Machthaber feiern gegenwärtig in Deutschland wahre Orgien. Das Standgericht in Leipzig verurteilte den 22 Jahre alten Handlungsgehilfen Kurt Grimm aus Grottich zu 3 Jahren Zuchthaus, weil er zu einem Noskegardisten gesagt hatte:

„Wie könnt ihr bloß zu den Regierungssoldaten gehen? Lieber wollte ich trocknes Brot essen. Ihr habt nur Geldsäcke zu beschützen, zu weiter nichts sind die Regierungstruppen geschaffen."

In dieser Aeußerung sah das Gericht den Versuch, den Soldaten zu bereden, seiner Truppe den Rücken zu kehren, ihn zur Untreue zu verleiten. Weder die Versicherung des Angeklagten, daß er den Soldaten nicht zum Verlassen des Dienstes aufgefordert habe, noch die Aussage einer Zeugin, nach der der Soldat dem Angeklagten unaufgefordert mitgeteilt habe, er werde seinen Dienst kündigen, vermochte das Gericht davon abzuhalten, das drakonische Zuchthausurteil zu verhängen. Der Anklagevertreter hatte sogar vier Jahre Zuchthaus beantragt. Das Gericht vertrat den Standpunkt, daß gemäß der Verordnung des Generals Maercker auf Todesstrafe hätte erkannt werden müssen, falls der wie oben angerechte Soldat durch diese Aeußerung wirklich zum Verlassen des Dienstes veranlaßt worden wäre.

Das ist Noske-Justiz nackt. Sie setzt sich ebenso kühn wie brutal über alle juristischen Tüfteleien hinweg und schlägt jedem, der sich ihr nicht als würdiger Bruder erweist, den Schädel ein. Noske macht sich nicht nur kein Gewissen daraus, die auf das alte wilhelminische Heer zugeschnittenen Militärstrafgesetze ohne weiteres auch auf seine Söldnerscharen anzuwenden, er hilft durch Androhung von Todesstrafen im Verordnungswege nach, wo die altpreußische Militärgesetzgebung ihm noch nicht Erfolg genug in Aussicht stellt.

Noske an seine Garden.

Die mit großen Verpflegungsrationen und hohen Löhnungen bei Stimmung erhaltenen Nosketruppen werden unruhig. Zum Teil weil doch nicht bei allen alle Scham zu den Hunden entflohen ist, zum Teil, weil sie fürchten, durch den Friedensvertrag mit seiner Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann ihrer Mission als Retter der gegenwärtigen Regierungsherrlichkeit enthoben und undankbar davongejagt zu werden. So sieht denn Noske sich veranlaßt, mit der Miene des treuen Biedermannes, ihnen zuzurufen:

„Die Freiwilligen können wegen ihrer Zukunft so beruhigt sein, wie es in dem hartgeprüften Deutschland möglich ist... Der notwendige Abbau des Heeres wird nur langsam von statten gehen, dabei werden die wohl erworbenen Rechte der Berufssoldaten voll respektiert werden. Dem Boykott, der den Freiwilligen angedroht wird, werden wir zu begegnen wissen."

Wie Noske seine Garde schützt, zeigen die Zuchthausurteile. Aber dieser Schutz kann ihnen nur solange zuteil werden, wie es dem „hartgeprüften Deutschland möglich ist", daß heißt, solange die Noskediktatur gehalten werden kann. Noske mag versprechen, was er will. Ueber das Schicksal seiner Garden entscheidet nicht er, sondern das Volk. Es wird ein Urteil fällen und vollstrecken, dessen sie würdig sind.

Das Todesurteil gegen Liviné.

Aus der Begründung des Todesurteils gegen den Münchener Kommunistenführer Dr. Leviné wird noch mitgeteilt:

Dr. Leviné hatte sich im April 1919 an die Spitze der neugebildeten Rätebewegung in München, nachdem er gewaltsam die Macht an sich gerissen hatte, gestellt. Seine Tätigkeit war eine überragende. Als anerkannter Führer der kommunistischen Partei war er überall tätig, an dem Sturz der rechtmäßigen Regierung mitzuarbeiten. Als nach dem Sturze der Räteregierung Dr. Leviné sich den Nachforschungen der wieder zur vollen Herrschaft gelangten Regierung entzogen hatte, gewährte ihm durch Vermittlung des Prof. Salz der Kunstmaler Botho Schmidt heimlich Unterkunft in seiner Wohnung. Zimmer besorgte zur beabsichtigten Flucht Dr. Levinés Ausweispapiere, die ihm von dritter Seite angeboten wurden, und ging dadurch in die ihm gestellte Falle.

•

Ueber die Verhandlungen wird aus München noch berichtet:

Am Montag begann der Prozeß gegen Leviné wegen Hochverrats und drei andere Angeklagte wegen Beihilfe. Das Gericht ist mit drei Juristen und zwei Offizieren besetzt. Nach den bayerischen Bestimmungen über Standgerichte sind zur Ueberwachung der Prozeßführung zwei Arbeitervertreter hinzugezogen, die aber kein Beschlußrecht haben. Leviné wird von Rosenfeld (Berlin) verteidigt.

Die Beweisaufnahme ergab den völligen Zusammenbruch der Zeugen der Anklagebehörde, besonders des Hauptbelastungszeugen. Dieser hatte in der Voruntersuchung ausgesagt, daß Leviné vom Geiselmord Kenntnis gehabt habe und Mitschuld daran trage. Außerdem habe er Aeußerungen getan, daß Blut fließen müsse. Er nahm alle diese Aeußerungen zurück. Auch die übrigen Belastungszeugen konnten nichts wesentliches vortragen, wogegen bürgerliche Zeugen, wie Professor Alfred Weber und Lederer außerordentlich Günstiges aussagen. Die Verhandlung brachte mehrfach **Zusammenstöße der Verteidigung mit dem Vorsitzenden,** da der Vorsitzende der Verteidigung nicht den gleichen Spielraum gewährte, wie den Anklägern.

Trotz des Versagens aller Belastungszeugen hielt der Staatsanwalt eine politische Anklagerede. Da er sich nach dem Zusammenbruch seiner Stützen der wesentlichsten Unterlagen beraubt sah, ließ er nun alle Rücksichten und Schranken fallen und suchte hemmungslos alle politischen Leidenschaften der Richtung aufzuwühlen. Er verstieg sich zu dem ungeheuerlichen Antrag, **gegen Leviné die Todesstrafe zu beantragen** und gegen den Angeklagten Zimmer, der sich als Anhänger des Kommunismus bekannt hatte, dem aber nichts anderes bewiesen wurde, als daß er Leviné zur Flucht verhelfen wollte, **fünf Jahre Zuchthaus,** 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Gegen zwei bürgerliche Angeklagte Salz und Kunstmaler Schmidt, die dasselbe getan haben wie Zimmer, beantragte er Verweisung an die ordentlichen Gerichte.

München, 4. Juni. (W.T.B.) Der Aktionsausschuß der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei München hat in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten Hoffmann die Aufhebung des Urteils gegen Leviné verlangt.

Es ist zu hoffen, daß das Ministerium Hoffmann dieser Forderung nachgeben und das ungeheuerliche Urteil gegen Leviné nicht vollstrecken lassen wird. Andernfalls würde sie sich einer Ungeheuerlichkeit schuldig machen, deren Wirkungen sehr bald verhängnisvoll werden könnten. Nach der Justizkomödie gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs hat dieses Urteil gerade noch gefehlt, um das Bild von dem „revolutionären" Deutschland vollkommen zu machen. Ein Mann wird zum Tode verurteilt, dem nichts weiter vorgeworfen werden kann, als daß er am Sturz der „rechtmäßigen" Regierung Hoffmann mitgearbeitet habe. Diese Regierung Hoffmann ist desselben Hochverrats schuldig, dessen Leviné beschuldigt wurde. Auch ihre Mitglieder sind zur Macht nur dadurch gekommen, daß sie die „rechtmäßige" Regierung des bayerischen Königs stürzen halfen.

Ein „Hochverräter" ist zum Tode verurteilt worden. Aber es wird die Zeit kommen, in der ein anderes Gericht über die Leute urteilen wird, die selbst Hochverräter sind: Hochverräter an der Revolution! Die den Sozialismus verraten, die der Gegenrevolution in den Sattel geholfen haben, die die Früchte der Umwälzung vom November genießen und mit dem Kriegsapparat der wilhelminischen Epoche, mit dem Belagerungszustand, mit der Knebelung der Presse, mit der Klassenjustiz gegen alle jene wüten, die sie, die eigentlichen Hochverräter, an ihre Pflicht erinnern wollen. Dieses Urteil erst wird zu Recht gefällt werden!

•

Toller verhaftet. München, 4. Juni. (W.T.B.) Heute früh wurde in Schwabing der wegen „Hochverrats" gesuchte Student jur. Ernst Toller verhaftet.

Die Totengräber des Kapitalismus.

Im Populaire vom 20. Mai schreibt Genosse Lefebre anläßlich der Tatsache, daß die französische Deputiertenkammer zu den bisher ausgegebenen 40 Milliarden Papiergeld und weiteren 27 Milliarden laufenden Staatsvorschüssen, abgesehen von den ungeheuren Kriegsanleihen, die Ausgabe weiterer 8 Milliarden Papiergeld genehmigt hat. Finanzminister Mauras ist in Unruhe. Er sieht die Revolution kommen. Er hat recht. Er fürchtet, daß sie in dem Augenblick ausbricht, wo man anfangen wird, zu bemerken, daß die Deutschen nicht die ganze ungeheure Schuldenlast bezahlen können. Er hat recht. Ihm erscheint als böses Vorzeichen, das ganz besonders ihm verhängnisvolle Aussichten eröffnet, die Tatsache, daß die wichtige Klasse der Beamten und kleinen Angestellten, die bis jetzt die Stütze des bestehenden Staates war, sich jetzt an die Arbeiterklasse angeschlossen hat.

Er hat recht. Denn die Zermürbung des Bürgertums ist im Gange und der Streik der französischen Bankbeamten ist ein wichtiges Stadium in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung. Andere Stücke werden noch aus diesem unnatürlichen Block abbröckeln. Die kleinen Handelsleute, die Intellektuellen und, je weniger die jetzige Wirtschaftsordnung sie begünstigt, auch die armen Landleute werden sich mit den klugen Beamten, mit den ernsten Gelehrten, mit den Stehkragenproletariern der Bankwelt vereinigen und alle diese Elemente werden sich in der ungeheuren Menge derer verlieren, die darüber unwillig sind, daß der Krieg sie um nichts weiter als ihr patriotisches Herz bereichert hat. Ebenso werden andere plötzlich erstaunt entdecken, daß sie durch Kampf ihre Gehälter erhöhen können, sie, die bisher so stolz auf ihr bürgerliches Aeußere waren. Diejenigen, die in dem Militärdienst ihre Genossen im Todeskampf sahen, wissen, warum sie verändert sind und wer sie, die Kleinbürger aus dem Jahre 1914, verändert hat.

Und wie schnell geht alles vor sich. Der mächtige Mittelstand, der so zahlreich war und so hartnäckig an alten Traditionen festhielt, ist jetzt proletarisiert worden oder im Begriff, es zu werden. Er sieht, daß der Reichtum in den Händen einer gewissenlosen kleinen Oberschicht konzentriert ist, daß die Staaten Europas durch die Furcht vor dem Staatsbankerott erbeben, denn Bankerott, Hungersnot und Epidemien folgen dem Kriege auf dem Fuße.

Genosse Paul Mistral schreibt zu derselben Frage: Die wahnsinnige Verwirrung der Staatsfinanzen hat man bisher mit Hilfe der Notenpresse und mit Hilfe eines Zwangskurses zu steuern versucht. Aber der kritische Augenblick tritt jetzt ein, wo man das Papiergeld eigentlich aus dem Verkehr ziehen müßte. Zwar möchte unsere Regierung gern an dem Abgrund vorbei, an den die kapitalistischen und imperialistischen Kräfte Frankreichs dies Land geführt haben, und jetzt ist man über die Folgen erschreckt, die die finanzielle Lage heraufbeschworen hat, aber trotzdem kann sich die Regierung nicht entschließen, die profitgierige Bourgeoisie aufzufordern, das Opfer zu bringen, das sie schuldig ist. Doch bald wird die verhängnisvolle Stunde herannahen, wo der ungeheure Papiergeldberg eingelöst werden muß. Und man wird die Zahlung leisten müssen. Man wird, da die Milliarden der Bank von Frankreich bald erschöpft sein werden, das Geld dort nehmen müssen, wo man es findet. Der Finanzminister ist der beste Totengräber des kapitalistischen Regimes.

Diese Totengräber sind in allen Ländern, den besiegten und den siegreichen, am Werke. Der Kapitalismus, der den Weltkrieg heraufbeschworen, geht an der unlösbaren Aufgabe seiner Liquidation zugrunde.

Wieder ein Mörder-Offizier entkommen!

Ein neuer Skandal.

Der Oberleutnant Marlow, der in der Französischen Straße in Berlin die 32 Matrosen ohne jeden Grund mit kaltblütiger Brutalität ermorden ließ, ist flüchtig geworden. Das Wolffsche Bureau meldet darüber in der bei ihm bekannten dunklen und verdunkelnden Art „von zuständiger" Stelle: „Nachdem die Untersuchung gegen den genannten Offizier wegen der Matrosenerschießung in der Französischen Straße im wesentlichen abgeschlossen war, sollte am 1. Juni seine Verhaftung wegen Totschlags erfolgen. Der mit der Verhaftung beauftragte Kriegsgerichtsrat traf ihn in seiner Wohnung nicht an. Marlow ist wahrscheinlich mittags durch einen Offizier aus seiner Wohnung abgeholt worden. Die sofort im Laufe des Nachmittags angestellten Ermittlungen blieben erfolglos. Es sind unverzüglich alle Maßnahmen zur Ergreifung Marlows getroffen worden, insbesondere sind die Grenzüberwachungsstellen und die in Frage kommenden Polizeibehörden telegraphisch benachrichtigt. Die zuständigen Stellen werden alles tun, um sowohl des Marlow wieder habhaft zu werden als auch etwaige Anstifter zur Flucht mit der vollen Schärfe des Gesetzes zu treffen."

Die Schlußsätze von dem „Eifer", den die „zuständigen Stellen" angeblich zur Wiederergreifung dieses entwichenen Mordbuben in Offiziersuniform anwenden werden, klingen wie eine blutige Verhöhnung des Rechtsempfindens des Volkes! Warum, so muß man doch wohl fragen, hat man sich dieses schweren Verbrechers, der zweiunddreißig Menschenleben auf seinem entmenschten Gewissen hat, nicht schon längst versichert?! Man ist doch sonst rasch bei der Hand, „Spartakisten" und Unabhängige geringfügigster Vergehen wegen monatelang in Untersuchungshaft und im Gefängnis festzuhalten! Freilich, man weiß ja nicht erst seit der Befreiung des Oberleutnants Vogel, daß die Mörder-Offiziere und ihre ganze sonstige edle Sippschaft den besonderen Schutz der „sozialistischen" Regierung genießen. Man überläßt diese Edlen Gerichten, die sie freisprechen, oder gibt ihnen Gelegenheit, sich vor den Folgen ihrer Verbrechen ins sichere Ausland zu retten! Zu den vielen Skandalen dieser Art der letzten Zeit kommt als neuester nun wieder die Flucht dieses Marlow!

Das Blut siedet einem vor Empörung, wenn man daran denkt, was heute in Deutschland unter dieser „sozialistischen" Regierung an Ungeheuerlichkeiten alles möglich ist!

•

Eine neue Verhöhnung.

Berlin, 4. Juni. Am 1. Juni ist der Oberleutnant Otto Marlow von der Fliegenden Kraftwagenstaffel K des Gardekavallerie-Schützenkorps Berlin, gegen den ein Haftbefehl wegen Totschlags erlassen ist, geflüchtet. Zu seiner Ermittlung setzt das Gericht des Gardekavallerie-Schützenkorps eine Belohnung von 3000 Mk. aus. Beschreibung: Etwa 1 Meter 70 groß, gedrungen, blond, Schnurrbart geschnitten, rechter Unterarm fehlt.

Um diesen Steckbrief richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß auch die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts dem — Gardekavallerie-Schützenkorps angehörten.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190605-16/fragment/page=0002

Halle und Saalkreis.

Halle, den 5. Juni 1919.

Auf in die Distriktsversammlungen!

Jeder Genosse und jede Genossin der U. S. P. muß **heute abend 8 Uhr** in dem bekannten Lokal die Versammlung seines Distrikts besuchen, in der die Tagesordnung der kommenden Kreisgeneralversammlung zur Beratung steht. Gleichzeitig erfolgt die Wahl der Delegierten und Beratung etwaiger Anträge. Da auch noch andere wichtige Vereinsangelegenheiten zur Beratung stehen, so ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend geboten.

Ein unsozialer Magistrat.

Drohender Streik in den städtischen Bureaus.

Es wird noch erinnerlich sein, daß das Personal der städtischen Bureaus bei dem letzten Generalstreik sich auch unter denen befand, die am Bürgerstreik teilnahmen, allerdings gezwungen durch die Tyrannei gewisser Herren, in deren Gewalt die Bureaugehilfen sich glaubten. Wie anders ist es in wenigen Wochen durch die unerbittliche Logik der wirtschaftlichen Verhältnisse die Auffassung bei dieser am stiefmütterlichsten behandelten Angestellten geworden. Die bittere Not, ja der Hunger, unter dem so mancher von ihnen leiden muß, hat ihnen den Weg gewiesen, den die aufgeklärte Arbeiterschaft längst gegangen ist: den Weg des organisierten Kampfes für menschenwürdige Lebensbedingungen. Und daß man diesen Weg mit Energie beschreitet, bewies die gestrige Versammlung aller im städtischen Dienst beschäftigter Bureau-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, in welcher schwerwiegende Beschlüsse gefaßt wurden. Welche Bedeutung diese Lohnbewegung für die ganze Bevölkerung Halles hat, erhellt schon daraus, daß bei einem Streik alle städtischen Bureaus, besonders das Stadternährungsamt, geschlossen sein würde, und daß dadurch die ernstesten Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung entstehen würden.

Ueber die bisherigen Vorgänge berichtete Herr Becker, welcher betonte, daß jetzt ein Wendepunkt in der Bewegung eingetreten sei. Seit acht Wochen haben die Bureaugehilfen über ihren Tarif untereinander verhandelt und ihn dann dem Magistrat übermittelt. Dieser versteckte sich in seiner ersten Antwort dahinter, daß er nur mit dem gewählten Ausschuß verhandeln würde. Man erwiderte darauf, daß nach dem Gesetz die Organisationen die Befugnis haben, über die wirtschaftlichen Forderungen zu verhandeln. Dem Ausschuß aber sei schon längst das Vertrauen entzogen worden, weil er kein Interesse für die Bureau-Hilfsarbeiter zeigte. Man stellte nunmehr die Forderung, daß spätestens bis zum 4. Juni verhandelt würde. Darauf kam gestern eine erneute kurze Ablehnung des Magistrats. Wenn nun nach Anrufung des Schlichtungsausschusses der Magistrat nicht sofort seine Starrköpfigkeit aufgibt, dann beginnt **am Freitag morgen der Streik.** In den Bureaus bei der geheimen Abstimmung war eine erdrückende Mehrheit dafür! Man darf sich nicht mehr durch Versprechungen abspeisen lassen! Stadtv. Brettschneider teilte mit, der Magistrat wolle jetzt verhandeln; auch liegt eine Vorlage für die nächste Stadtverordnetensitzung vor, 2 Mark Kriegszulage pro Tag zu bezahlen. In der letzten Sitzung sei Punkt 4, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, auf Antrag der U. S. P. abgesetzt worden. Die nächsten Redner warnten davor, sich nochmals durch Versprechungen vertrösten zu lassen. Die 2 Mark seien schon im Februar bewilligt worden und ständen nur den Kriegsteilnehmern zu. Ein Kollege des Herrn Brettschneider, der zur „Besonnenheit" mahnte, erregte Widerspruch.

Eine Resolution, die dem Magistrat bis Donnerstag nachmittag 4 Uhr Frist zum Beginn von Unterhandlungen läßt, wurde einstimmig angenommen. Danach wandte sich Stadtv. Gen. Schweikert gegen die Behauptungen Brettschneiders und erklärte, der betreffende Punkt sei von der Tagesordnung abgesetzt worden, weil man ohne Informationen doch nicht besprechen könne. Diese Angelegenheit ist ja überhaupt erst auf Antrag unserer Fraktion auf die Tagesordnung gekommen, also war der Anwurf lächerlich. Die Angestellten sollten jetzt fest bleiben, denn schon durch die Demonstration auf dem Marktplatz ist der Magistrat anscheinend sehr bedenklich geworden. (Starker Beifall.) Die politische Debatte wurde dann auf Antrag verhindert, nachdem Herr Brettschneider völlig aus dem Zusammenhange gerissene Beschimpfungen gegen die U. S. P. gerichtet und auf diese Weise die Debatte ins Politische geführt hatte. Es kam dann noch zum Ausdruck, daß man sich lieber auf die Kraft der Organisationen verlassen wolle, als auf den Sozialen Ausschuß. Die Angestellten sollten selber arbeiten und schnell handeln hieße jetzt richtig handeln.

Nachdem mitgeteilt worden war, daß am Donnerstag abend auf dem Marktplatze die Bekanntmachung über den Verlauf der letzten Bemühungen gegeben werden soll, war der wichtigste Punkt der Tagesordnung erschöpft. Der Magistrat kennt nun die drohende Gefahr, in der unsere ganze städtische Ernährung durch seine antisoziale Hartnäckigkeit schwebt. Man kann eben verheirateten Männern nicht zumuten, für 7 Mark pro Tag zu arbeiten, noch dazu mit täglicher Kündigung. Aber auch diese Vorgänge beweisen, welch mittelalterlicher Geist 7 Monate nach der Revolution noch in unserem Rathause weht. Ein frischer Luftzug tut da bitter not!

* **Recht eigenartige Praktiken** scheint man auf dem Lebensmittelamt bei der Ausstellung der verschiedenen Arten von Lebensmittelscheinen angewandt zu haben. Das lehrte ein Vorgang, der sich gestern in der Lebensmittelausgabestelle in der Talamtschule abspielte. Das Dienstmädchen des Angerweg 40 wohnenden Geheimen Regierungsrates Dr. Robert wollte Auslandskartoffeln zum Preise von 15 Pfg. unter Vorzeigung eines blauen Lebensmittelscheines. Die umstehenden Hausfrauen waren aufs höchste erstaunt, daß der Herr Geheimrat zu den ärmeren Leuten gerechnet wurde, denen die Auslandskartoffeln zu dem billigeren Preise abgegeben werden sollen. Man war der allgemeinen Ansicht, daß der Herr Geheimrat, der sich einen Dienstboten halten kann, einen rotumrandeten Lebensmittelschein haben und den höheren Preis von 40 Pfg. für das Pfund Kartoffeln zahlen müsse. Auf Anfrage wurde erwidert, daß Herr Robert jedenfalls nicht in eine höhere Steuerklasse eingeschätzt sein dürfte. Wir meinen, daß dann eben schon bei der Steuereinschätzung recht merkwürdig verfahren worden ist. Nicht uninteressant war die Bemerkung einer Eisenbahnerfrau, die da entrüstet meinte: „Und mir wollte man einen roten Schein aufdrängen." Demnach scheint man auf dem Lebensmittelamt der Ansicht zu sein, daß ein Geheimer Regierungsrat zu den „Minderbemittelten", — ein Eisenbahner hingegen zu den Bessergestellten gehört . . . .

Der 17. Distrikt (Eichendorff-, Körner-, Fall-, Brunnenstraße usw.) hält heute abend seine Sitzung im **jetzigen** Distriktslokal **Zur Sonne**, Richard-Wagner-Straße, ab.

* **Metallarbeiter.** Aus der Wahl zum Gewerkschaftskongreß gingen im 5. Bezirk folgende zehn Kollegen hervor: Paul **Beccard** (Helmstedt), Wilhelm **Daniel** Merseburg), Rudolf **Goldstein** (Zeitz), Emil **Höllein** (Jena), Paul **Hopf** (Halle), Gottfried **Kolscheffki** (Suhl), August **Lang** (Gotha), Willi **Rößler** (Halle), Gustav **Steinecke** (Nordhausen) und Otto **Stegmann** (Erfurt).

* **Kein Jahrmarkt mehr.** Der für den 19. und 20. Juni vorgesehene Kram- und Viehmarkt ist durch Verfügung des Provinzialrats vom 28. Mai aufgehoben.

* **Zeichen der Zeit.** Gestern nachmittag wurde in der Nähe des Pumpwerkes II bei Trotha ein Dienstmädchen in schwerkrankem Zustande aufgefunden. Sie wurde der Klinik zugeführt.

Distriktsversammlungen im Saalkreis.

Am Sonnabendabend finden folgende Versammlungen statt:

Kleinkugel: Lokal Barth, 8 Uhr.

Merkwitz: Lokal Schaaf in Westewitz, 8¼ Uhr.

Sennewitz: Im Schwarzen Adler, 8 Uhr.

Lochau: Am Montag (2. Feiertag) tagt die Distriktsversammlung um 5 Uhr nachmittags im Gasthof von Schulze.

Ammendorf. In der **Gemeindevertretersitzung** am 2. Juni stand auf der Tagesordnung: Vergebung der Gemeindefuhren eventl. Ankauf zweier Pferde. Da der Unternehmer Hohnstock der billigste war, soll mit ihm ein Vertrag abgeschlossen werden. Auch in unserer Gemeinde hat die Verpachtung von Wiesen sonderbare Blüten gezeitigt, z. B. ein Stück Wiese, das bisher 30 Mk. Pacht brachte, ist bis 180 Mk. getrieben, ein Stück von 14 Mk. auf 200 Mk., eins von 14,50 Mark auf 250 Mk., ein Grabenstück von 50 Pf. auf 34 Mk. Es sind meist kleine Leute, die sich so überbieten. Die Vertretung hat die Verpachtung nur auf ein Jahr genehmigt. Im Oktober sollen die Wiesen in kleinen Parzellen zu einem angemessenen Preis ausgelost werden. Ebenso wurde angeregt, die Gemeinde soll für nächstes Jahr bis 100 Morgen Ackerland pachten und in kleinen Parzellen zum Selbstkostenpreis an die Einwohner abgeben. Die am 19. März beschlossenen neuen Lehrergehälter waren von der Regierung nicht genehmigt; es soll deshalb nochmals eine Eingabe gemacht werden. Das Eigentum der Gemeinde soll um 50 Prozent höher versichert werden. Die Schule soll zu einer achtstufigen ausgebaut werden. Am 1. Oktober wird ein neuer Lehrer angestellt, am 1. April ein weiterer, damit die Grundschule eingeführt wird. Die Lernmittelfreiheit soll mit den unteren Klassen ihren Anfang nehmen. Die Gemeinde hat das Grundstück Mühlberg 12 von der Kreissparkasse für 25 000 Mk. erworben zur Unterbringung Ortsarmer. Ein Antrag der A. E.-G. wegen Legung eines Erdkabels wurde abgelehnt, da er gegen den Vertrag verstoßt und in einem Ton gehalten war, den sich die Vertretung verbittet. Dem Kaninchenzüchterverein wurde ein Preis von 30 Mk. gestiftet. Die Schulferien beginnen am 13. Juli und dauern bis 11. August, die Herbstferien vom 29. September bis 13. Oktober

(Weiteres Lokales in der Beilage.)

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Henny Porten lebt.
Ab Freitag, den 6. Juni, im Orpheum, Steinweg. 1597

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 8 Uhr. 1598
Fritz Steidl-Gesellschaft.
Die Hochzeit des Maharadscha.
Grosse Ausstattungsschau mit Bildern von Berg.
Musik von Viktor Holländer.
Kasse von 10—1½ u. 4—6 Uhr.

Stadttheater.
Freitag, den 6. Juni 1919, Anfang 7½, Ende 11 Uhr:
Wilhelm Tell.
Schauspiel von Friedrich Schiller.
Sonnabend: 1584
Der Barbier von Sevilla.

Neu! I. Band. Neu!
Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten.
Von Wilheim Blos.
Preis 3 M., Porto 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Gekrönte Häupter.
Zur Naturgeschichte des Absolutismus.
Pro Serie in 1 Band gebunden 2.25 Mk., Porto 15 Pfg.
Erhältlich in Heften à 30 Pfg., Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42/44. F.

Kammer-Lichtspiele Grosse Ulrichstr. 24

Ab Freitag:
Die grosse amerik. Sensation.
Nur kurze Zeit! 1575

Germania-Lichtspiele
Triftstr. 22.
Ab Freitag, den 6. Juni: 1574
Der flammende Kreis
Spannendes Detektiv-Drama aus den Opiumhöhlen einer Chinesenstadt. 4 Riesenakte.
Die süße Nelli.
Lustspiel in drei Akten voll prickelnden Humors.
Sonnabend u. Sonntag:
Jugend-Vorstellung.
Kinder zahlen nur 25 Pfg.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung

Schmitz-Bonn's
Wasch- u. Bleichhülfe
vom R. A. genehmigt; gibt
blütenweisse Wäsche
ohne sie im geringsten anzugreifen.
Alleinige Fabrikanten
Schmitz-Bonn Söhne, Chem. Fabrik
Düsseldorf-Reisholz.

1571

Schulbücher aller Art
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister 2c
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Zahn-Atelier Frau v. Schulz
Sprechstunde von 9—6 Uhr abds.
Steinweg 2. 69
Im Hause des Kgl. Standesamtes.

Aelterer Mann oder Invalide
für leichte Arbeit bei kl. Pferd gesucht. Zu melden Talstraße 2. 1590

Apollo-Theater.
Operett.-Gastspiel des Kölner Metropol-Theaters.
Tägl. abds. 8 Uhr:
Wo die Lerche singt . . . 1603
Operette v. Fr. Lehár.
Wilma: Emmy Sturm a. G.
Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

Bad Wittekind.
Freitag, den 6. Juni 1919, nachm. 3½ Uhr:
:: Kur-Konzert ::
ausgeführt von der Kapelle des Füs.-Rgts. Nr. 36.
*1078 Leitung:
Kapellmeister Otto Haupt.
Eintrittspreise:
für Erwachsene 60 Pfg.,
„ Kinder 30 „
Dauerkarten hab. Gültigk.

Arbeitsmarkt

1596 **Große Anzahl Maurer u. Zimmerer**
für sofort gesucht. Zu melden Arbeitsnachweis für das Baugewerbe, Martinsberg 9.

Suche für meine Tochter, 15 Jahre alt, zum 1. Juli
Stellung aufs Land.
Off. unt. V. H. 358 a. d. Filiale Köchstedt, H. Köster. *1070

Lötharbeiten 1583
an Töpfen u. Blechwaren werden wieder angenommen.
W. Miethling, Bäckerstr. 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190605-16/fragment/page=0003

Saalschloßbrauerei. Freitag, den 6. Juni 1919, nachm. 5 Uhr: **Frühlingsfest.** Gartenkonzert der gesamten Görlachkapelle, Tanz in beiden Sälen, Blumenverlosung usw.

Achtung!
Schlafzimmer, Wohnzimmer
sowie einzelne Möbel aller Art, kauft man am besten und billigsten bei
August Müller, Schkeuditz,
Halleschestrasse 61.
NB. Versand nach allen Bahnstationen. *1055

Guterh. Fahrrad mit Freilauf u. Gummibereifung sofort zu kaufen gesucht. 1463
E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12, p.

Hühneraugen-Pflaster „Lebewohl" verwendet: Lebewohl-Nachfolger, gesetzlich geschützt. Preise 1.25 Mark, per Post entsprechend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neoparm, Hannover 46.

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Roßhaar u. Wolle kauft zu höchsten Preisen
A. Weise,
Pelz- und Fellhandlung.
Raaschestr. 1. Tel. 1667.

Für den
Pfingst-Bedarf
Empfehlenswerte Angebote.
Damen-Bekleidung, Kinder-Bekleidung
Korsetts, Handschuhe, Strümpfe
Konfektionierte Weisswaren
Herren-Wäsche, Herren-Krawatten etc.
Brummer & Benjamin
Grosse Ulrichstrasse 22-23.
1570

Kommunistische Partei
Ortsgruppe **Ammendorf.**
Am 2. Pfingstfeiertag:
Ausflug nach Raitmannsdorf
Treffpunkt 4. Halleschen Genossen vom 7 Uhr: Riebeckplatz. Die Ammendorfer Genossen treffen sich auf dem Schillerplatz. Abmarsch 8 Uhr. 15-1

Kuchenformen,
Milchkitten, Milchtöpfe (weiß und bunt), Schüsseln, Einmachetöpfe, Büchsen, Schmortöpfe, Blumentöpfe, Flaschen. Alles in allen Größen und Preislagen empfiehlt
H. Gröpler,
Glaucharstr. 70. Ecke Barfuß. Haltestelle der Linie 2. 1569

Defekte **Sofas** und **Matr.** kauft **E. Dippold,** Gr. Gosenstr. 12. 1568

Die Schuld d. Kaisers
Preis 1.50. Porto 15 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/44.

Konzert-Zither
mit sämtl. Zubehör z. verkauf. Gust. Thieme, Büschdorf, Kanenaerstr. 3. *1066

1567
„Oberpollinger."
Heute, Donnerstag: Großer Sonder-Wunsch-Abend der beliebten Hauskapelle Franke.

Bratwurst glöckle-Varieté.
Erstklassiger Variété-Spielplan!
U. a.: **Römer-Martini-Burlesken**
mit: Der Beste aller Ehemänner, urkomisch, und die übrigen neuen, erstklassigen Künstler. 1565
Freitag, nachm. 3 Uhr: Verwundeten-Vorstellung.

Arb.-Radfahrerbund „Solidarität,"
Ortsgruppe Wörmlitz-Böllberg.
Sonntag, 1. Pfingstfeiertag, von 3 Uhr an, im Gasthof zu Wörmlitz
Ball mit Reigenfahren
Hierzu ladet freundlichst ein *1071 **Der Vorstand.**

Kanenaer.
Sonntag, den 1. Feiertag:
Grosser Pfingst-Ball
mit Kaninchen-Ausschießen.
Es ladet ein M. G. „Hell-Klang".
Anfang 3 Uhr. *1072 Der Vorstand.

Schützengilde Delitzsch.
Unser diesjähriges
Schützen- u. Volksfest
findet vom 1. Feiertage bis Pfingst-Mittwoch, den 11. Juni, auf unserem Schützenhof-Grundstücke statt.
Für vielseitige
Belustigungen u. Schaustellungen
*980 ist bestens gesorgt.

Deutscher Landarbeiterverband.
Ortsgruppe Milzau. *1069
Zu dem am 2. Pfingstfeiertag, nachmittags 3 Uhr, im Gasthause zu Bischofsdorf stattfindenden
BALL
laden wir freundlichst ein **Der Vorstand.**

Reinwollene Kleider- und Kostümstoffe, Hemden-Barchent, Zephir, Aermelfutter, Serge, Zanella, Voile und Seide zu sehr mäßigen Preisen. 1573
S. Biletzky, Leipzigerstr. 103, 1 Tr.

Vorteilhaftes Angebot!
Pr. Reisstärke in Stücken, **Borax,** rein, ferner: Weizen-, Mais-, Kartoffel- und Wiener Glanzstärke,
Waschmittel, nur beste Sorten,
Feinster Schmierseife-Ersatz, Pfund 1.90 Mk.,
Scheuertücher, beste Friedensware,
Feueranzünder, unerreicht in Wirkung,
Besen, Handfeger, Ia. Ware, sehr billig,
Prima Bürsten- und Kammwaren,
Haarschmuck, reizende Neuheiten,
Parfüms, in- und ausländische, 1572
Haut-, Haar-, Zahn-, Bart- und Nagelpflege-Artikel in reichhaltiger Auswahl zu billigsten Preisen.
Waschmittel-Centrale,
Steinweg 19a (neben 3 Glocken).

Neu! Gr. Ulrichstr. 9. **2 Waggon Steingut** **Neu! Gr. Ulrichstr. 9.**
bringe billig zum Verkauf.

Satz-Schüsseln	1576 Teller	Schüsseln
Waschgarnituren in grosser Auswahl	Küchengarnituren in schöner Ausführung	Speise-Service 23 teilig
Kaffeebecher	Milchtöpfe	Tassen

Neu! Steinweg 45 Reilstr. 1 **Sobel** Gr. Ulrichstr. 9 Ammendorf, Bahnhofstr. 3. **Neu!**

Habe meine gesamte
Besuchs- und Sprechstunden-Praxis
1591 wieder aufgenommen.
R. Wagnerstr. 48. Telephon 2484. **Dr. Kolbe.**

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Wohnungs-Anzeigen.
Sofort gesucht ein oder zwei
einf. möblierte Zimmer,
2 Betten (auch ohne Wäsche), Kochgelegenheit, Offerten an Gr. Brauhausstr. 21 II. 1568

Restaurant Gambrinus,
Merseburgerstr. 112. Merseburgerstr. 112.
Freitag, den 6. Juni 1919:
Großes Preis-Skaten.
1594 Anfang ½6 Uhr.
Es laden freundlichst ein **Paul Titsch und Frau.**

Dauerwäsche :: Kragen
in vielen Formen u. Weiten am Lager.
Vorhemden u. Manschetten.
Binder und Krawatten,
nur vorsomme Muster, besonders preiswert.
Hosenträger in allen Preislagen.
Neu eingetroffen:
Gummi-hosenträger, Papiervorhemden, Manschetten, Kragen. 1590
Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2, I rechts Ecke Sternstraße.

Billig!! Billig!!
Händler — Hausierer! 1608
Leder-Schuh-Riemen
in braun und schwarz, wieder eingetroffen.
Jantz, Ludwig Wuchererstrasse 37, pt.

Ausschneiden, Anzeige erscheint nur einmal. Zwecks weiterer Empfehlung sende ich Ihnen
Rein Aluminium-Tafelbestecke.
Hochglanz-Politur, Prima Ware, Ersatz für Silber, 6 Löffel, 6 Gabeln, 6 Teilöffel, zusammen für Mk. 18.—. Wiederverkäufer entsprechenden Rabatt. Jedes Quantum sofort lieferbar. **F. Schneider, Metallw., Düsseldorf B. 12, Reitbahnstraße 108.** *1073

Prima Rotkohl
Pfund nur 40 Pfg.
Braunschweiger Spargel täglich frisch und billig
Prima Marokko-Datteln
empfiehlt
Telephon 5063 **Willy Dyroff** Telephon 5063
Ludwig Wuchererstrasse 56.
(Bitte genau auf Hausnummer achten.) 1593

Bis Anfang Juli verreist.
Zahnarzt Lewinsky,
Gr. Ulrichstrasse 2. 1592

Ansichtskarten
empfiehlt die Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

Gewerkschaftskartell Bitterfeld.
Die Rechtsauskunft
für unsere Mitglieder wird ab 1. Juni erteilt beim Rechtsconsulenten Herrn Hans Christel, Lindenstr. 18, täglich von 8—1 Uhr und 3—6 Uhr. Mitgliedsbuch der Gewerkschaft ist vorzulegen. *1021
Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190605-16/fragment/page=0004

Das Rätewahlrecht.

Von Artur Crispien.

Im folgenden werden die Grundsätze für ein Wahlrecht zum Rätesystem skizziert. Das geschieht in der Hoffnung, daß dadurch über diese für die Fortführung der proletarischen Revolution überaus wichtige Frage eine öffentliche Diskussion entfesselt wird. Die Wahlrechtsfrage für das Rätesystem kann wohl nur im Feuer der öffentlichen Diskussion gelöst werden. Was sich in diesem Feuer behauptet und durchsetzt, das dürfte für das Proletariat nützlich sein.

Diese Darlegungen beschäftigen sich lediglich mit dem Wahlrecht selbst. Zu den Ausführungsbestimmungen kann begreiflicherweise erst dann Stellung genommen werden, wenn das Wahlrecht selbst fertig ist.

Die Notwendigkeit der Diktatur der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Rätesystems fordert ein Wahlrecht, das der Arbeiterklasse bis zur Verwirklichung des Sozialismus die unbeschränkte Macht sichert.

Beim Wahlrecht zum Rätesystem ist in erster Linie zu beachten, daß es dem jeweiligen Stand der Revolution angepaßt sein muß. Das Wahlrecht wird sich mit der Revolution entwickeln und ständig vollkommenere Formen annehmen müssen, bis es schließlich in der sozialistischen Gesellschaft seinen denkbar demokratischsten Charakter angenommen hat.

Es handelt sich also um ein bewegliches, veränderliches Wahlrecht.

Von diesem ersten Grundsatz ausgehend, müßten dem Wahlrecht nach dem gegenwärtigen Stand der Revolution folgende weitere Grundsätze zugrunde gelegt werden.

Wahlberechtigt ist:

1. Jeder produktive Arbeiter, jede produktive Arbeiterin.

Diese Bestimmung umfaßt am sichersten die gesamte Arbeiterklasse. „Wie im Naturssystem Kopf und Hand zusammengehören, vereint der Arbeitsprozeß Kopfarbeit und Handarbeit. (Marx, Kapital I, 472.)"

Mit Absicht ist der Ausdruck von der gesellschaftlich notwendigen Arbeit vermieden worden, weil sich in der kapitalistischen Wirtschaft erst nach dem Austausch ergibt, in welchen Produkten gesellschaftlich notwendige Arbeit steckt. In der sozialistischen Gesellschaft wird jede Arbeit von vornherein gesellschaftlich notwendig sein.

„Die kapitalistische Produktion ist nicht nur Produktion von Ware, sie ist wesentlich Produktion von Mehrwert. Der Arbeiter produziert nicht für sich, sondern für das Kapital. Es genügt daher nicht länger, daß er überhaupt produziert. Er muß Mehrwert produzieren. Nur der Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient. Steht es frei, ein Beispiel außerhalb der Sphäre der materiellen Produktion zu wählen, so ist ein Schulmeister produktiver Arbeiter, wenn er nicht nur Kinderköpfe bearbeitet, sondern sich selbst abarbeitet zur Bereicherung des Unternehmers. Daß letzterer sein Kapital in einer Lehrfabrik angelegt hat, statt in einer Wurstfabrik, ändert nichts an dem Verhältnis. Der Begriff des produktiven Arbeiters schließt daher keineswegs bloß ein Verhältnis zwischen Tätigkeit und Nutzeffekt, zwischen Arbeiter und Arbeitsprodukt ein, sondern auch ein spezifisch gesellschaftliches, geschichtlich entstandenes Produktionsverhältnis, welches den Arbeiter zum unmittelbaren Verwertungsmittel des Kapitals stempelt. Produktiver Arbeiter zu sein, ist daher kein Glück, sondern ein Pech. (Marx, Kapital I, 473.)"

Also auch Techniker, Ingenieure, Architekten, Lehrer, Künstler, Gelehrte und andere Kopfarbeiter sind produktive Arbeiter, wenn sie kapitalistisch ausgebeutet werden, und gehören deshalb zur Arbeiterklasse.

2. Wer dauernd oder vorübergehend nicht produktiv tätig ist, wenn er zur Arbeiterklasse gehört.

In Betracht kommen hier Erwerbsunfähige, Arbeitslose usw.

3. Wenn notwendig, ist zur Aufrechterhaltung des Hausstandes für die unter 1. und 2. genannten Wahlberechtigten.

Durch diese Bestimmung sollen die Mütter, Frauen, Schwestern, Töchter usw. das Wahlrecht bekommen, die durch ihre Tätigkeit im Haushalt den anderen Angehörigen die Schaffung produktiver Arbeit erst möglich machen.

4. Handwerker, Bauern und ähnliche Personen, die nicht mehr direkt zur Arbeiterklasse, aber auch noch nicht zur Kapitalistenklasse gehören.

Die Tatsache, daß jemand Arbeiter beschäftigt, stempelt ihn so ohne weiteres noch nicht zum Kapitalisten. Als Kapitalist charakterisiert sich, wer sich Mehrwert aneignet und Mehrwert kapitalisiert. Der „kleine Meister" wird erst bei fortschreitender Anhäufung von Arbeitskräften in seinem Betrieb zum Kapitalisten.

„Aus der bisherigen Betrachtung der Produktion des Mehrwerts ergibt sich, daß nicht jede beliebige Geld- oder Wertsumme in Kapital verwandelbar, zu dieser Verwandlung vielmehr ein bestimmtes Minimum von Geld oder Tauschwert in der Hand des einzelnen Geld- oder Warenbesitzers vorausgesetzt ist. Das Minimum von variablem Kapital ist der Kostenpreis einer einzelnen Arbeitskraft, die das ganze Jahr hindurch, Tag aus, Tag ein, zur Gewinnung von Mehrwert verwandt wird. Wäre dieser Arbeiter im Besitz seiner eigenen Produktionsmittel und begnügte er sich, als Arbeiter zu leben, so genügte ihm die zur Reproduktion seiner Lebensmittel notwendige Arbeitskraft, sage von 8 Stunden täglich. Er braucht also auch nur Produktionsmittel für 8 Arbeitsstunden. Der Kapitalist dagegen, der ihn außer diesen 8 Stunden sage 4 Stunden Mehrarbeit verrichten läßt, bedarf einer zusätzlichen Geldsumme zur Beschaffung der zusätzlichen Produktionsmittel. Unter unserer Annahme jedoch müßte er schon zwei Arbeiter anwenden, um von dem täglich angeeigneten Mehrwert wie ein Arbeiter leben, d. h. seine notwendigen Bedürfnisse befriedigen zu können. In diesem Falle wäre bloßer Lebensunterhalt der Zweck seiner Produktion, nicht Vermehrung des Reichtums, und das letztere ist unterstellt bei der kapitalistischen Produktion. Damit er nur doppelt so gut lebe wie ein gewöhnlicher Arbeiter, und die Hälfte des produzierten Mehrwerts in Kapital zurückverwandle, müßte er zugleich mit der Arbeiterzahl das Minimum des vorgeschossenen Kapitals um das achtfache steigern. Allerdings kann er selbst, gleich seinem Arbeiter, unmittelbar Hand im Produktionsprozeß anlegen, aber ist dann auch nur ein Mittelding zwischen Kapitalist und Arbeiter, ein „kleiner Meister". Ein gewisser Höhegrad der kapitalistischen Produktion bedingt, daß der Kapitalist die ganze Zeit, während deren er als Kapitalist, d. h. als personifiziertes Kapital funktioniert, zur Aneignung und daher Kontrolle fremder Arbeit und zum Verkauf der Produkte dieser Arbeit verwenden könne. Die Verwandlung des Handwerksmeisters in den Kapitalisten suchte das Zunftwesen des Mittelalters dadurch gewaltsam zu verhindern, daß es die Arbeiteranzahl, die ein einzelner Meister beschäftigen durfte, auf ein sehr geringes Maximum beschränkte. Der Geld- oder Warenbesitzer verwandelt sich erst wirklich in einen Kapitalisten, wo die für die Produktion vorgeschossene Minimalsumme weit über dem mittelaltrigen Maximum steht. Hier, wie in der Naturwissenschaft, bewährt sich die Richtigkeit des von Hegel in seiner Logik entdeckten Gesetzes, daß bloß quantitative Veränderungen auf einem gewissen Punkt in qualitative Unterschiede umschlagen. (Marx, Kapital I, 271-273.)"

5. Wer nicht zu den unter 1, 2, 3, 4 genannten Wahlberechtigten gehört, wenn er Mitglied einer sozialrevolutionären Partei ist.

Es ist durchaus gerechtfertigt, daß revolutionäre Sozialisten wahlberechtigt sind, auch wenn sie gesellschaftlich, objektiv, nicht zur Arbeiterklasse gehören. Durch ihr Bekenntnis zum Sozialismus gehören sie subjektiv zur Arbeiterklasse.

Neben denjenigen, die nach vorstehenden Bestimmungen grundsätzlich nicht wahlberechtigt sind, verliert sein Wahlrecht, wer im sozialistischen Sinne ehrlos gehandelt hat und wem demzufolge von einem sozialistischen Gericht die sozialistischen Ehrenrechte abgesprochen sind.

Die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit beginnen mit dem 18. Lebensjahre.

Die Wahl wird auf der Grundlage der Betriebs- und Berufswahlen vollzogen.

Die Dauer einer Wahlperiode braucht nicht bestimmt zu werden, da der rasche Fortschritt der Revolution schon von sich aus das Bedürfnis nach allgemeinen Neuwahlen hervorringt. Der Rätekongreß oder sein Ausschuß haben es zudem immer in der Hand, allgemeine Neuwahlen anzuordnen.

Jedoch haben die Wähler das Recht und die Pflicht, jeden ihrer Vertreter sofort abzuberufen und durch einen anderen zu ersetzen, wenn er sich nicht bewährt hat.

Aus der Partei.

Eine neue Zeitschrift für die Jugend.

Die sozialistische Jugend, die sich frei gemacht hat von den verwachsenen Anschauungen der Nationalsozialisten, hat seit langem stürmisch ein aufklärendes Jugend-Organ verlangt. Die Vertrauensleuten haben sich auf dem Parteitag der U. S. P. zum Dolmetsch dieser Wünsche gemacht und die Gründung einer Jugendzeitschrift beschlossen. Nach dem Parteitag ist von allen Seiten des Reiches aus jugendlichen Kreisen angefragt worden, weshalb dieses Blatt noch nicht erscheint. Nachdem alle Schwierigkeiten überwunden sind, wird es am 1. Juli zur Ausgabe gelangen. Genosse Engelbert Graf, der stets in engster Fühlung mit der Jugend lebt und wirkt, hat sich bereit erklärt, die Leitung unter selbständiger Mitarbeit der Jugend zu übernehmen.

Die Zeitschrift soll dazu dienen, die proletarisch fühlende Jugend, die von revolutionärem Feuergeist erfüllt ist, über die große Gedankenwelt des Sozialismus zu unterrichten und auch die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der Gegenwart im In- und Ausland unter dem Gesichtspunkt des revolutionären Sozialismus zu werten. Keinesfalls soll jedoch mit dieser Neugründung ein Keil in die freie Jugendbewegung hineingetrieben werden, vielmehr wird es als Aufgabe der proletarischen Jugend betrachtet, sich in der autonomen Freien Jugend zu organisieren und zu betätigen. Hierfür und für die Selbständigkeit und einheitliche Geschlossenheit der Freien Jugendbewegung wird die neue Zeitschrift stets eintreten. Eine parteipolitische Bevormundung wird ihr jedoch völlig fern liegen. Der Jugend sollen lediglich der Stoff und die Erkenntnis übermittelt werden, die mit wachsender Reife ein eigenes selbständiges Urteil ermöglichen. So hoffen wir, daß dieses Blatt, ohne Konkurrenz gegen irgendein anderes Organ zu sein, dem Bedürfnis der proletarischen Jugend entgegenkommen wird.

Preußische Landesversammlung.

80. Sitzung, Mittwoch, den 4. Juni 1919, mittags 12 Uhr.

Die Gesetzentwürfe über Erweiterung der Befugnisse des westpreußischen Provinzialausschusses, ferner über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens und über das Wohlfahrtsministerium werden in 3. Lesung ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die zweite Beratung über

die Gemeindeeinkommenbesteuerung

im Rechnungsjahr 1919.

Abg. Haas (Soz.) als Berichterstatter: Zwischen der Regierung und dem Gemeindeausschuß ist ein Kompromiß zustande gekommen. Danach soll das steuerfreie Einkommen 1500 Mark betragen. Von da bis zu 3900 Mark tritt eine Staffelung der Steuerermäßigungen in der Art der Regierungsvorlage ein. Bis 6500 Mark sind die Normalsteuersätze zu erheben und von da ab wird der Ausfall gemäß dem Staffelungsgesetz von 1916 wieder eingebracht.

Abg. Dr. Auer (Dem.): Wir werden dem Gesetz zustimmen, obwohl ihm alle Mängel eines Notgesetzes anhaften. Der Finanzminister möge eine Erklärung über die erforderliche Nachtragsveranlagung abgeben, denn die Gemeinden haben die Steuerveranlagung für 1919 schon fertiggestellt. Die kleinen Landgemeinden werden das Gesetz vermutlich nur schwer durchführen können.

Abg. Sticler (Ztr.): Die Reform des Kommunalabgabengesetzes ist sehr dringlich. Den Städten und Gemeinden sind im Laufe der letzten Jahre Aufgaben zugewiesen worden, die im Grunde genommen von Reich und Staat zu lösen waren. Ich erinnere nur an die großen Lasten durch die Kriegswohlfahrts- und Erwerbslosenunterstützung. Es gilt, den Bevölkerungskreisen zu helfen, welche durch die Not der Zeit so außerordentlich schwer zu leiden haben. Das Gesetz ist aus dem Ausschuß in verbesserter Form hervorgegangen, meine Freunde stimmen ihm zu.

Abg. Fuchs (Dtschnatl.) erklärt sich ebenfalls für den Ausschußentwurf.

Abg. Stücker (U. Soz.) erregt stürmischen Widerspruch des Hauses mit der Behauptung, daß man es immer noch auf Schonung der Besitzenden abgesehen habe, während die Arbeiter nahezu leer ausgingen. Die Erhöhung der freien Einkommen genügt den Unabhängigen nicht. Wir fordern allermindestens Steuerfreiheit bis 3000 Mark.

Finanzminister Dr. Südekum: Ich verschmähe eine Politik der Popularitätshascherei, wie sie von den Unabhängigen betrieben wird.

Nach weiterer unerheblicher Aussprache wird die Vorlage unter Ablehnung der unabhängigen Abänderungsverträge in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Danach wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die Anwendung des geheimen Wahlzwangs in Schleswig-Holstein bis zur Regelung des Gemeindewahlrechts für Wahlen zu den Magistraten fordert, nach kurzer Begründung durch den Abg. Richter (Soz.) dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Es folgt die Beratung der sozialdemokratischen förmlichen Anfrage über die Beschäftigung und Ansiedelung der Kriegsbeschädigten.

Abg. Woldt (Soz.): Die Arbeitsnachweise müssen als paritätische Fachausweise ausgestaltet werden und die Kriegsverletzten in der Nachweisorganisation vertreten sein. Die schematische Regelung der Kriegsbeschädigtenbeschäftigung ist nicht ausreichend. Die Unterbringung muß systematisch den Arbeitsnachweisen angegliedert werden, die als Sortierapparate wirken können. Aus den Reihen der Kriegsbeschädigten kommen namentlich Beschwerden über die langsame Bautätigkeit. Das muß schleunigst abgestellt werden.

Abg. Schüling (Ztr.) fordert, daß Reich, Staat und Gemeinden ihre Betriebe für die Kriegsbeschädigten weit öffnen. Die Privatindustrie ist außerstande, die ungeheure Zahl von Beschädigten unterzubringen.

Abg. Werner (Dtschnatl.): Bei der Regelung der Siedelungsfrage müssen die Kriegsbeschädigten bevorzugt werden.

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

38] Von Edward Bellamy. Nachdr. verb.

„Wenn dies der Fall wäre, so würde das in der Tat Tyrannei sein," versetzte Doktor Leete. „Aber Sie können versichert sein, daß Aehnliches bei uns nicht vorkommt, denn uns ist die Freiheit genau so teuer wie die Gleichheit und Brüderlichkeit. Wenn Sie mit unserer Wirtschaftsordnung erst besser vertraut sind, so werden Sie sich überzeugen, daß unsere Beamten nicht nur dem Namen nach, sondern in der Tat die Geschäftsführer und Diener des Volkes sind. Die Verwaltung besitzt nicht die Macht, die Herstellung von Artikeln einstellen zu lassen, für die überhaupt Nachfrage vorhanden ist. Gesetzt, die Nachfrage nach einem Gegenstand sinkt so beträchtlich, daß seine Erzeugung sehr kostspielig wird. Es muß dann natürlich der Preis entsprechend erhöht werden, allein so lange ihn die Verbraucher zahlen, nimmt auch die Produktion ihren Fortgang. Es ist möglich, daß ein bisher noch nicht erzeugter Artikel verlangt wird, und daß die Verwaltung im Zweifel ist, ob tatsächlich Nachfrage danach besteht. In diesem Falle kann sie zur Herstellung des gewünschten Gegenstandes von den Bürgern mittels eines Antrages gezwungen werden, der einen bestimmten Absatz verbürgt. Wir würden es als einen höchst wunderlichen Anachronismus betrachten, wenn eine Regierung oder auch eine Majorität sich einfallen ließe, dem Volk oder einer Minorität Vorschriften machen zu wollen, was man essen und trinken, wie man sich kleiden soll. Zu Ihrer Zeit soll das in Amerika vorgekommen sein. Sie hatten vielleicht Ihre Gründe, warum Sie diese Beschränkungen der persönlichen Freiheit duldeten, uns dagegen würden sie unerträglich dünken. Es ist mir lieb, daß Sie diesen Punkt berührt haben. Dadurch ist mir Gelegenheit geboten worden, Ihnen zu zeigen, daß heutzutage jeder einzelne Bürger die Produktion weit unmittelbarer und erfolgreicher beeinflussen kann, als dies zu Ihrer Zeit möglich war. Zwar erklärte man damals die sogenannte Privatinitiative für ausschlaggebend, in Wirklichkeit hätte man aber von der Initiative der Kapitalisten reden müssen. Dem gewöhnlichen Bürger war es so gut wie unmöglich, bestimmend auf die Produktion einzuwirken."

Sie erwähnten vorhin eine Preissteigerung kostspieliger Artikel," sagte ich. „Wie kann aber von einer Festsetzung der Preise in einem Lande die Rede sein, wo sich weder die Käufer noch die Verkäufer untereinander Konkurrenz machen?"

„Die Preise werden nach dem nämlichen Grundgesetze geregelt, wie zu Ihrer Zeit," versetzte Doktor Leete. „Sie meinen, meine Worte bedürfen der Erklärung," setzte er hinzu, als ich ihn ungläubig anblickte. „Meine Erklärung braucht nicht lang zu sein. Zu Ihrer Zeit hatte der Preis eine natürliche Grundlage: die Kosten der Arbeit, die zur Erzeugung eines Artikels aufgewendet werden mußte. Genau das gleiche ist auch heute noch der Fall. Damals waren es die Unterschiede in den Löhnen, die die Unterschiede in den Preisen bewirkten. Jetzt, wo die Unkosten aller Arbeiter gleich hoch sind, wird der Preis der einzelnen Güter durch die Unterschiede in der Zahl der Stunden bestimmt, die in den verschiedenen Produktionszweigen je einen Arbeitstag ausmachen. Die Ausübung eines Berufes kann so schwierig sein, daß nur Freiwillige gewonnen werden, wenn die Zahl der Arbeitsstunden auf vier im Tag festgesetzt wird. Die Arbeit eines Mannes kommt dann doppelt so hoch zu stehen als in einem Gewerbe, in dem die Arbeiter täglich acht Stunden schaffen. Die Kosten laufen also auf das gleiche hinaus, wie wenn unter Ihrer Wirtschaftsordnung dem Manne der doppelte Lohn gezahlt worden wäre, den andere Arbeiter erhielten. Berechnet man sämtliche Arbeitsleistungen, die zur Erzeugung eines Guts erforderlich sind, nach dem nämlichen Grundsatze, so erhält man den relativen Preis, das heißt den Preis eines Produktes im Verhältnis zu anderen Produkten. Bei etlichen Gütern ist für die Preisbildung außer den Produktions- und Transportkosten auch die Seltenheit der verarbeiteten Stoffe ausschlaggebend. Diese kann natürlich bei der Herstellung der großen Massengüter keine Rolle spielen, die für den Unterhalt der Gesamtheit nötig sind. Ihre Produktion in überreichlicher Menge ist jederzeit gesichert. Man speichert große Vorräte davon auf, aus denen die Schwankungen ausgeglichen werden, die durch steigenden Bedarf, sinkende Produktivität, ja sogar durch Mißernten entstehen könnten. Die Preise der Massenartikel sinken jedes Jahr; nur selten, wenn überhaupt je, steigen sie. Dagegen gibt es auch Güter, bei denen der Bedarf dauernd, und solche, bei denen er zeitweilig nicht völlig gedeckt werden kann. Zu der letzteren Art gehören zum Beispiel frische Fische und die Erzeugnisse der Milchwirtschaft, zu der anderen Gegenstände, deren Erzeugung eine hohe Kunstfertigkeit oder besonders seltene Rohmaterialien erfordert. Man tut in dieser Beziehung, was man kann: man sucht Unzulänglichkeiten möglichst auszugleichen, die aus der Knappheit der Dinge entstehen. Zu diesem Zwecke erhöht man ihre Preise, und zwar nur zeitweise, wenn es sich um Produkte handelt, die nur zeitweise knapp sind, dagegen für die Dauer bei Gegenständen, die ihrer Seltenheit wegen überhaupt jederzeit nur in kleinen Mengen beschafft werden können. Zu Ihrer Zeit bedeuteten hohe Preise, daß nur der Reiche sich den Genuß kostspieliger Dinge erlauben konnte; heutzutage jedoch, wo alle Bürger der Nation über die gleichen Mittel verfügen, bewirken sie nur eines: daß die teuren Gegenstände ausschließlich nur von Leuten gekauft werden, die tatsächlich den dringenden Wunsch nach ihnen haben. Wie jeder Geschäftsmann, so findet sich natürlich auch die Nation dann und wann mit Vorratsresten belastet, die sie nicht absetzen kann, weil sie durch den Wechsel der Mode, den Einfluß der Witterung oder sonstige Ursachen verloren haben. Wie dies zu Ihrer Zeit Geschäftsbrauch war, so müssen dann solche Vorräte mit Verlust verkauft werden, und der Ausfall wird zu den Geschäftsunkosten gerechnet. In der Regel fällt es jedoch nicht schwer, derartige Waren mit geringer Einbuße abzusetzen, weil sie vielen Abnehmern gleichzeitig angeboten werden können. — Ich habe Ihnen nun einen allgemeinen Ueberblick über unsere Organisation der Produktion und der Verteilung aller Güter gegeben. Finden Sie diese Regelung noch so kompliziert, wie Sie sich vorgestellt hatten?"

Ich gab zu, daß nichts einfacher sein könne.

„Ich behaupte gewiß nicht mehr, als was wahr ist," bemerkte Doktor Leete, „wenn ich dieses sage: Der Leiter irgendeiner der Myriaden Privatunternehmungen Ihrer Zeit hatte eine bei weitem schwierigere Aufgabe als die Männer in Washington, die gegenwärtig der Produktion der gesamten Nation vorstehen. Die Schwankungen des Marktes, die Kniffe seiner Konkurrenten, die Zahlungsfähigkeit seiner Schuldner: alles das und vieles mehr mußte er mit einer Aufmerksamkeit verfolgen, die ihm die Nachtruhe raubte. Alles dies, mein verehrter Freund, beweist nur, daß Dinge weit leichter durchgeführt werden können, wenn man sie am rechten und nicht am verkehrten Ende anfaßt. Es ist leichter für einen General, von einem Luftballon aus bei vollständiger Uebersicht über das Schlachtfeld eine Million Kämpfer zum Siege zu führen, als für einen Unteroffizier, mit seiner Kompagnie in einem Dickicht zu manövrieren."

„Der General Ihres Arbeitsheeres, das die Blüte der Nation umschließt, muß der erste Mann im Lande sein," sagte ich. „Er muß in Wirklichkeit einflußreicher sein als der Präsident der Vereinigten Staaten."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190605-16/fragment/page=0005

Abg. Dr. Rasch (Dtsch. Vp.): Beschädigte, die ihre volle Arbeitskraft nicht wieder erreichen können, werden in der Landwirtschaft die Möglichkeit zur vorteilhaftesten Ausnutzung ihrer Arbeitskraft finden und sind möglichst rasch anzusiedeln.

Abg. Seelmann (Dtschnatl.): Die Kriegsbeschädigten sollten ihre wirtschaftliche Notlage **nicht zum Anlaß nehmen**, um oppositionell tätig zu sein.

Abg. Mehrhof (U. Soz.): **Das Unternehmertum entzieht sich den Verpflichtungen gegenüber den Kriegsbeschädigten auf** alle denkbare Weise.

Nach Besprechung einer sozialdemokratischen Anfrage über Fürsorge für die kriegsbeschädigten Geisteskranken vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 17. Juni, 1 Uhr.

Schluß: 5½ Uhr.

Aus der Provinz.

Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.

Der Kreistag der U. S. P. findet am Sonntag, **den 22. Juni**, vormittags 9½ Uhr, beim Genossen A. Fischer-Wittenberg, Kurfürstenstraße 15, statt.

Tagesordnung:

1. Bericht der Kreisleitung.
2. Bericht der Filialleiter.
3. Presse, Referent: O. Wagner.
4. Wahl der Kreisleitung.
5. Stellungnahme zu einer **Gemeindevertreterkonferenz.**
6. Verschiedenes.

Der Kassenabschluß sowie eventl. Anträge sind bis zum 8. Juni an den Kassierer oder den Kreisvorsitzenden zu senden.

Mit Parteigruß

Die Kreisleitung. J. A.: Nitzschke.

Preiswucher mit Nutzholz aus staatlichen Forsten.

Der Abgeordnete Genosse Christange-Eisleben hat in der Preußischen Landesversammlung folgende Anfrage gestellt: „Ist der Staatsregierung bekannt, daß bei Nutzholzversteigerungen aus staatlichen Forsten Preise herausgeschlagen werden, die weit über das Uebliche hinausgehen? So wurden z. B. in Ziegelrode, Kreis Mansfeld, für gute Furniereiche pro Festmeter 1500 bis 2000 Mk., ja in einem Falle 2225 Mk. gezahlt, während vor dem Kriege ein Festmeterpreis von 200 bis 300 Mk. schon eine Ausnahme bildete. Ist die Staatsregierung bereit, dieses, den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens schwer schädigende Verfahren sofort durch reelle Verkäufe zu ersetzen?"

Antwort soll nächstens erteilt werden.

Gegen die Preistreiberei mit Obst.

In der bevorstehenden Obsternte wird uns geschrieben: Die kalten Tage und Nächte des Monats Mai sind an der Entwicklung des Obstes ohne nennenswerten Schaden vorübergegangen und es ist eine im wesentlichen gute Obsternte zu erwarten, und trotzdem wird, wenn nicht bald etwas geschieht, wie in den Vorjahren den Kindern der ärmeren Bevölkerung der Genuß des Obstes auch in diesem Jahre so gut wie gänzlich vorenthalten bleiben. Was wir schon in früheren Jahren energisch bekämpft haben, scheint sich auch in diesem Jahre wiederholen zu wollen. Schon beginnen in den Tageszeitungen die Veröffentlichungen, in welchen der Provinzialverwaltung unterstehende Behörden, ebenso Kreise und Gemeinden Termine zur meistbietenden Versteigerung bezüglich des an den Landstraßen wachsenden Obstes anberaumen. Die Vorjahre haben gezeigt, daß die Obstpächter sich in Jahr zu Jahr steigender Weise überbieten. Dieser Vorgang wird sich in diesem Jahre in noch verstärktem Maße wiederholen. Die Obstpächter erzielen hierbei immer noch ungeheuerliche Gewinne, denn das Obst wird eben zu Phantasiepreisen abgegeben. Nach diesen Preisen richtet sich naturgemäß dann auch der Landmann und so wird sich der Preis des Obstes derartig gestalten, daß nur noch der Kriegsgewinnler in der Lage ist, seinen Kindern den Genuß des Obstes zu gewähren, und doch tut gerade jetzt Obst allen unseren Kindern not.

Dem muß entgegengetreten werden. Die meistbietenden Versteigerungen der Früchte der Obstbäume dürfen in diesem Jahre nicht zugelassen werden. Der Oberpräsident oder der Landeshauptmann werden bezüglich der Provinzialchausseen die anstehenden Versteigerungstermine aufzuheben und die Abhaltung weiterer Termine zu verbieten haben. Der Regierungspräsident wird die gleichen Anordnungen bezüglich der Kreischausseen und Gemeindewege zu veranlassen haben, und es wird die gesamte Obsternte nach Abzug des für die Gewinnung von Marmelade erforderlichen Teiles der Gesamtbevölkerung zu erschwinglichen Preisen zuzuführen sein. Nichts kann es rechtfertigen, daß für Obst, welches in Deutschland in ausreichender Weise wächst, Preise gezahlt werden müssen, die den Friedenspreis häufig um das Zehnfache übersteigen. Zu diesen sehr richtigen leider etwas zu spät kommenden Ausführungen muß lobend erwähnt werden, daß überall dort, wo unsere Genossen die Mehrheit in der Gemeindevertretung haben, man dazu übergegangen ist, die Obstbäume nicht mehr zu verpachten, sondern in eigene Regie zu nehmen. Dieser Beschluß gewährleistet eine gerechte Verteilung, schafft eine Einnahme für die Allgemeinheit und hat darum große Freude bei der Einwohnerschaft ausgelöst. **Wenn man überall so verfahren würde, so wäre schon viel geholfen.**

Merseburg. Parteiversammlung. **Freitag, den 6. Juni** findet im Thüringer Hof eine Mitgliederversammlung der U. S. P. statt. Es wird der Bericht vom Kreistag gegeben, auch findet die Wahl unseres Kreisvorstandes statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist daher notwendig. Neuaufnahmen werden daselbst entgegengenommen.

Hettstedt. Einführung des Bürgermeisters. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde unser zum Bürgermeister gewählter Genosse Albert Gericke in sein Amt eingeführt. Nachdem der eigentliche Einführungsakt durch den Landrat vollzogen war, ergriff Genosse Gericke das Wort und erläuterte kurz das Programm, welches er sich für die schwere Bürde, die ihn erwarte, gestellt habe. Man müsse neue Bahnen der Kommunalpolitik suchen, wobei er wohl wisse, daß er nur für die Einwohner da sei.

Klostermansfeld. Für die Werksausschüsse und Betriebsräte des Mansfelder Erzbeckens findet am 2. Pfingsttag, vormittags 10 Uhr in Klostermansfeld bei Müller eine Konferenz statt. Erscheinen aller in Betracht kommenden Kameraden ist erforderlich. Der Revierrat.

Leimbach. Vier sozialistische Magistratsmitglieder. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden an Stelle der vier freiwillig ausgeschiedenen unbesoldeten Magistratsmitglieder von der Stadtverordnetenversammlung gewählt: als Beigeordneter Lehrer Martin und als Magistratsmitglieder die Genossen Goldammer, Fricke und Nützel. Zum Waisenrat wurde Lehrer Martin gewählt. Sämtliche Gewählte sind Mitglieder unserer Partei. Ein Antrag auf Erhöhung der Schreibhilfe im Magistratsbureau wurde dahin geregelt, daß drei Lehrlingen eine Erhöhung der bisherigen Entschädigung, und zwar in zwei Fällen von 25 Mk. auf 40 Mk. und in einem Falle von 15 Mk. auf 30 Mk. monatlich, zahlbar vom 1. April an, gewährt wurde. Ein Antrag auf Erhöhung der Entschädigung für Unterrichtserteilung in der gewerblichen Fortbildungsschule wurde gutgeheißen. Auf Grund der Ministerialverfügung vom 4. März erfolgte eine Neuregelung der Teuerungszulagen der städtischen Beamten, so daß denselben vom 1. Januar bis 30. Juni insgesamt 2274 Mk. nachgezahlt werden müssen. Ein Antrag dieser Beamten auf Einführung der durchgehenden Dienstzeit von morgens 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr mußte aus Zweckmäßigkeitsgründen abgelehnt werden. Einer Witwe von 77 Jahren wurde eine Unterstützung von 12 Mk. pro Monat bewilligt. **Die behördliche Genehmigung des Ortsstatuts der neu aufgestellten Lustbarkeitssteuer wurde zur Kenntnis gebracht. Leider konnten nicht alle Stadtverordneten an der Sitzung teilnehmen, da auf der Filiale der Rheinischen Dynamitfabrik ein Schadenfeuer ausgebrochen war.**

Amsdorf. In der Gemeindevertretersitzung am 31. Mai wurde die **Gemeinderechnung** vorgelegt, geprüft und für richtig befunden. Zum Ortsschulzen wurde unser Genosse Karl Jahn mit 7 gegen 4 Stimmen gewählt. Zum Steuererheber wurde Genosse August Stolze einstimmig gewählt an Stelle des in der vergangenen Sitzung gewählten Genossen Otto Martin, welcher aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hatte. Der Ausbau des Friedhofsweges ist vergeben und soll bis 15. Juli fertiggestellt werden. Die Verpachtung des Gemeindeobstes wurde der Obstkommission übertragen. Es sollen möglichst hiesige Einwohner berücksichtigt werden. Ferner wurde beschlossen, die Friedhofskommission, bestehend aus Obersteiger Zwanzig und Direktor Nicol, bestehen zu lassen, wenn die Herren dazu bereit sind, ihre Tätigkeit fortzusetzen.

Sangerhausen. Unglaubliche Zustände. **Zu den Betrügereien im städtischen Lebensmittelamte, über die wir kürzlich berichteten, können noch einzelne geradezu skandalöse Tatsachen gemeldet werden, Beweise dafür, in welch sträflicher Art mit den kostbaren Nahrungsmitteln umgegangen worden ist.** Die Lagerung der Waren sprach jeder Hygiene Hohn. Auf der Butter und in einem Faß mit Grieß lag Mäusedreck, eine Kiste mit verfaulten Bücklingen erfüllte die Luft mit ihrem Gestank. Chromgegerbtes Leder, dessen Lagerung in Lebensmittelräumen wegen starker Ausdünstungen unzulässig ist, trieb sich ebenfalls in trauter Nachbarschaft mit Keks und Gemüse herum. In einer Kiste, die zwischen altem Gerümpel lag, fand man 1 Ei, 2 halbverdorbene Pfundpäckchen Honig und 7 Stück von Mäusen angenagte Päckchen Kindernährmehl. In einer Kiste war noch verdorbenes Mehl, in den Ecken fand man zerbrochene Weinflaschen, gefüllte, aber durch Rost zerstörte Konservenbüchsen und ähnliches auf diese Weise verschleudertes Gut. Ein Lagerbuch, in dem die Ein- und Ausgänge an Waren verzeichnet wurden, war natürlich auch nicht vorhanden, so daß es völlig ausgeschlossen war, irgendeine Kontrolle über Fehlmengen auszuüben. Es wurden ja nicht einmal die Warenmengen, die eintrafen, nachgewogen! So kann man sich nicht wundern, wenn die schon von uns gemeldeten Mengen an Butter, Talg, Eiern und Süßstoff verschwanden. Es liegen auch bereits Beweise dafür vor, daß Herr Stadtrat Stoye reichliche Mengen Butter bezog, desgleichen Frau Lederhändler Krüger. Auch bei dieser liegt eine Zeugenaussage vor, die Herrn Römer schwer belastet. Uebrigens sind offenbar nicht nur die bereits erwähnten Warensorten von dem Verschwinden betroffen worden, sondern auch bei der Verteilung der Konserven wurde betrügerisch gehandelt. Es sind Dosen mit Karotten, Weißkohl, Champignons, Tomaten, Steinpilzen und Pfifferlingen verschwunden. Bei einem Verhör haben die beiden Beamten auf die schwer belastenden Fragen keine ausreichende Antworten geben können. Dem Arbeiterrat ist es zu danken, daß diese in der heutigen Zeit geradezu verbrecherischen Mißstände restlos aufgedeckt wurden, ein neuer und schlagender Beweis für die Notwendigkeit dieser revolutionären Einrichtung!

Artern. Stadtverordneten-Versammlung. In der Stadtverordnetensitzung am 2. Juni wurde der zum Magistratsmitglied gewählte Gewerkschaftssekretär Genosse Karl Hühnerbein in sein Amt eingeführt und vom Bürgermeister verpflichtet. Genosse Hühnerbein erklärte, stets nur im sozialistischen Sinne zum Wohle der Allgemeinheit zu wirken. Von der Amtsniederlegung des Magistratsmitgliedes Hellwig und des Stadtverordneten Hühnerbein nahm die Versammlung Kenntnis. Stadtverordnetenvorsteher Weinreich erklärte, daß er von einer Ergänzungswahl zum Magistrat abgesehen habe, da nach sicherem Vernehmen die preußische Regierung in Kürze die bestehenden Magistrate auflösen werde und eine Ersatzwahl daher zwecklos sei. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. Die Haushaltspläne für 1919, deren Beratung in der Sitzung am 9. April vertagt wurde, wurden genehmigt, nachdem auf Antrag unsere Fraktion für die Armenunterhaltung anstatt des eingestellten Betrages von 8000 Mk. ein solcher von 15 000 Mk. eingerückt und sonstige kleine Abänderungen vorgenommen waren. Der Kämmereietat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 447 400 Mk. Aus den Zinsüberschüssen der Sparkasse sollen 45 000 Mk. zu gemeinnützigen Zwecken verwandt werden. An Gemeindesteuern sollen 1919 erhoben werden 178 Prozent der Einkommensteuer, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Der Versammlung lag ein Antrag der Konter Wasserwerksgesellschaft auf Erhöhung des Wasserzinses und der Wassermessermiete vor. Der Magistrat hat der Firma eine Erhöhung des Wasserzinses von 40 Prozent auf die Dauer eines Jahres bewilligt; eine Erhöhung der Wassermessermiete aber abgelehnt. Von unserer Fraktion referierte Genosse Hühnerbein zu dieser Sache. Er hob besonders hervor, daß der Vertrag, den seinerzeit die Stadt mit der Wasserwerks-Gesellschaft abgeschlossen habe, sehr unglückselig sei. Ferner wäre die Firma nach Reichsgesetz berechtigt, eine Erhöhung der Wasserlieferpreise zu erwirken. Obwohl Referent persönlich gegen eine Erhöhung des Wasserzinses sei, empfehle er, dem Magistratsbeschlusse zuzustimmen. Käme die Sache vor ein Schiedsgericht, so wäre der Ausgang sehr zweifelhaft. Es könnte doch wohl niemand in Abrede stellen, daß die Unkosten gegen die Zeit vor dem Kriege eine Erhöhung von 40 Prozent erfahren hätten. Die Versammlung stimmt dem Antrage zu. Nach Schluß der Tagesordnung kam Genosse Hühnerbein auf die bevorstehende Kirschenernte zu sprechen und verlangte, daß in diesem Jahre gesorgt werden müsse, daß die Kirschen in unserer Stadt bleiben müssen und nicht im Schleichhandel zu Wucherpreisen verschwinden. Er empfahl, den Verkauf in städtische Regie zu übernehmen. Die Genossen Heimbrecht und Hoffmann traten ebenfalls hierfür ein. Es wurde beschlossen, eine Kommission zur Erledigung dieser Angelegenheit einzusetzen. Ferner wurde noch beschlossen, die von der Stadt angekauften ausländischen Kartoffeln, bei denen sich der Preis auf 30 Mk. für den Zentner stellt, an die Bewohnerschaft zum Preise von 15 Mk. pro Zentner abzugeben und den Fehlbetrag auf die Stadtkasse zu übernehmen. Es soll auch noch Brennholz angekauft werden und wird die hierfür eingesetzte Kommission zu weiterem Ankauf ermächtigt.

Kelbra. Versammlungen. Der Vertreter des Gauvorstandes, Herr Axthelm (Erfurt), sprach am Sonnabend in einer Holzarbeiterversammlung. Der Redner versuchte, die Durchhaltepolitik der Gewerkschaftsvorstände als eine geschichtliche Notwendigkeit darzustellen. In der Aussprache rechneten mehrere Kollegen mit der an Arbeiterverrat grenzenden Politik der Vorstände scharf ab. Um ein besseres Zusammenarbeiten mit den einzelnen Verbänden zu erzielen, soll ein Gewerkschaftskartell gegründet werden. Als Delegierte wurden gewählt die Genossen Gerlach, Richter und Hesse. — Am Sonntagabend sprach in einer öffentlichen Versammlung der Genosse Klein (U. S. P.) aus Bielen über die politische Lage und den Gewaltfrieden. In leicht verständlicher Weise verstand es der Redner, die Ursachen der augenblicklichen Lage den Zuhörern darzulegen. Dann machte Genosse Klein, der jetzt 40 Jahre als Volksschullehrer amtiert, interessante Ausführungen über die Schulfrage. — Beide Versammlungen hätten besuchter sein können! Es muß hier noch mehr Klarheit darüber herrschen, daß der Besuch von Versammlungen das Rüstzeug zum Kampfe schafft und daher nötig ist.

Bitterfeld. Kreitag. **In der ersten nach den Wahlen** unter dem Vorsitz des Landrats Freiherr von Bodenhausen stattgefundenen Sitzung des Kreitags wurden sämtliche Wahlen, auch die des Amtsgerichtsrats Dörnte, gegen die Einspruch erhoben war, für gültig erklärt und dann die Wahlen zum Kreisausschuß und den Kommissionen vorgenommen. Zum Kreisdeputierten wurde unter Genosse Franz Stammer-Bitterfeld gewählt. Ferner wurde die Gewährung einer Entschädigung für die Teilnahme an den Sitzungen beschlossen. **Zur Hebung der Ziegenzucht bewilligte der Kreistag 10 000 Mark. Schriftsetzer Bille-Gräfenhainichen wurde zum Kreiskommissar für die Ziegenzucht gewählt. Es sollen vor allem** Böcke von guter Zucht beschafft werden. Die Ziegenzucht im Kreise hat im letzten Jahre sich ganz besonders entwickelt; die Zahl der Ziegen stieg von 7000 auf 11 000. Nach erledigter Tagesordnung fand eine Aussprache über den Stand der Ernährungslage, die mangelhafte Kohlenversorgung und über die Wohnungsnot im Kreise statt.

Delitzsch. Wie es gemacht wird. **In der Leipziger Allgemeinen Zeitung stand folgende Nachricht aus Delitzsch, in der es heißt: „Am Dienstag kam es zu Plünderungen. Seitens einer großen Menschenmenge wurde gefordert, die hohen Preise für die Bedarfsartikel unverzüglich herabzusetzen und die geschlossenen Läden zu öffnen. Schließlich wurden die Läden geplündert. Militär mußte eingreifen. Drei Personen wurden verletzt." So „macht" man Spartakus-Unruhen! An dem Schwindel ist kein wahres Wort, und das wirft ein bezeichnendes Bild auf eine gewisse Presse, deren Greuelnachrichten die Stimmung der Oeffentlichkeit aufputschen und den Boden für die „Ordnungstätigkeit" der Noske-Garden vorbereitet.**

Bouch. Gemeindevertretung. **In der am Freitag** tagenden Gemeindevertretersitzung ging es wieder ziemlich scharf her. Der Antrag auf Wahl einer Lebensmittelkontrollkommission wurde angenommen. Die Namen der gewählten Kommissionsmitglieder werden in allen drei Lokalen des Ortes angebracht, alle Beschwerden über Lebensmittel und umlaufende Gerüchte sind der Kommission zu überweisen. Dem Antrag: Herausgabe der eingezogenen Milchkarten der hiesigen Ziegenhalter setzte man starken Widerstand entgegen. Diese Maßnahme war eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegenüber den Familien, die kleine Kinder, Kranke oder alte Personen im Haushalte haben. Außerdem liegt Bouch in der zweiten Zone der Lebensmittelverteilung des Kreises Bitterfeld und bekommt viel weniger Lebensmittel als die erste Zone, schon dieserhalb durfte diese Maßnahme nicht getroffen werden. Der alte selbstherrliche Kreisausschuß setzte kurz vor der Neuwahl eine Verordnung in Kraft und der Arbeiterrat Griete gab seine Unterschrift zu dieser Verordnung. Es war schwer, diese wieder rückgängig zu machen, denn unser Gemeindevorstand kann sich immer noch nicht vom alten Polizeiregiment trennen; es fällt ihm zu schwer, ihm geht eine Verordnung vom Landratsamte, wenn's auch nur eine einseitige ist, über das Wohl seiner Gemeinde. Viel eher sollte sich der alte Kreisausschuß darum bekümmert haben, ob das noch ungedroschene Getreide in der Feldscheune des Rittergutes der Volksernährung zugänglich gemacht werden kann. In dieser Scheune lagern ein paar hundert Zentner.

Wittenberg. Stadtverordnetensitzung. Zu einer Dauersitzung holte unser Stadtparlament aus, als es seine letzte Sitzung pünktlich um 7 Uhr begann, um die 23 Punkte umfassende Tagesordnung zu erledigen. Zu Beginn mußte eine unangenehme, nach Stadtklatsch riechende Angelegenheit erledigt werden. Die Reichsstickstoffwerke haben in einem Anschreiben behauptet, eine Stadtverordnetensitzung habe sich mit internen Angelegenheiten des Werkes beschäftigt; da niemand etwas weiß, wird die Sache mit kurzem Protest dem Werk zurückgegeben. Es entsteht dann wieder eine lange Debatte über die letzten Maßnahmen des Wohnungsausschusses zur Behebung der Wohnungsnot. Veranlassung hierzu gab ein Bericht des ersten Bürgermeisters, nach dem jetzt der Militärfiskus den Flügel A der Fridericianumkaserne und auch die Schloßkaserne zu Wohnzwecken zur Verfügung stellt. Die Versammlung ist von dem Vorschlag nicht so recht erbaut, da die alte Forderung nach der Zeughauskaserne noch immer nicht erfüllt ist und sich die beiden Kasernen nicht so gut wie diese eignen. Auch erhebt die Versammlung den Vorwurf, daß von auswärts nach hier Ziehende eher eine Wohnung erhalten, als Einheimische. Gen. Spröthe legt in längeren Ausführungen noch einmal unseren Standpunkt in der Wohnungsfrage dar. Wir müssen zu Maßnahmen greifen, mit denen wir die Wohnungsnot nicht nur lindern, sondern abschaffen; das Recht auf Wohnung muß jedem gewährleistet sein. Gänzlich fallen muß die private Vereinbarung zwischen Mieter und Vermieter, das allein bringt Abhilfe. Als Kenner hält er die Schloßkaserne für ganz ungeeignet. Gen. Wagner wendet sich gegen den vom Ersten Bürgermeister geäußerten Gedanken einer größeren Garnison. Auch der Wohnungsausschuß habe schon auf ganze Maßnahmen gedrängt, die nun jetzt ergriffen werden sollen. Größeres soziales Verständnis seitens der Hausbesitzer sei unbedingt erforderlich. Gen. Reichardt verweist auf den Ueberschuß an Zugezogenen im Vormonat, der uns zwinge, den Wohnungsmarkt restlos zu erfassen. Im übrigen sei noch immer in der Herberge zur Heimat eine größere Wohnung frei, die heute (im Zeichen krasser Wohnungsnot!) von einigen Damen zu gelegentlichen Zusammenkünften „gebraucht" werde. Die Versammlung stimmt der Mietung des Flügels A der Fridericianumkaserne und ev. der Schloßkaserne zu. Um die Einnahmen des Gaswerkes zu erhöhen, wird die Erhebung einer Gasmessermiete beschlossen, auch wird der Gaspreis von 40 auf 55 Pf. erhöht. Für die zu errichtende Gartenstadtsiedelung wird eine Gaszuleitung geschaffen. Wegen des Elektrizitätswerkes wird beschlossen, die bisher erlaubte Anschließung einer Leuchtflamme an jeden Arbeitsmotor zu streichen. Die städtische Einlage beim Lebensmittelvertrieb wird auf insgesamt 125 000 Mark erhöht, damit dieser imstande ist, möglichst ungehindert Lebensmittel vom Auslande einkaufen zu können. In der Gemüse- und Obstversorgung hat der Magistrat weitgehende Anbauverträge abgeschlossen. Kritisiert wurde das Verhalten unserer Gemüsegärtner; das hier gebaute Gemüse wird in bester Qualität in den Großstädten billiger verkauft, als die geringere Ware hier kostet. Das tun dieselben Leute, die sich auf ihren Lokalpatriotismus wunder was einbilden und Sonntags am liebsten zweimal zur Kirche gehen. Das Treiben der Aufkäufer auf dem Wochenmarkte soll unterbunden werden. Ein sehr alter Plan, der Durchbruch nach der Wallstraße, stand auch wieder einmal auf der Tagesordnung. Neuerdings wird geplant, die Neustraße über Mittel- und Kollegienstraße weiterzuführen. Angekauft mußten werden das Dornosche und Matthiessche Grundstück. Für die Baracken an der Kavalierkaserne sollen eine Waschküche und Abstellräume geschaffen werden; die erforderlichen 8600 Mk. werden nach kurzer Debatte bewilligt. Wegen der Anlegung eines Hauptbrunnens beim städtischen Wasserwerk für 100 000 Mk. ging die Debatte längere Zeit hin und her, schließlich billigte die Versammlung das Projekt. Weiter stimmte die Versammlung zu: 1. der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für den Türmer von 200 auf 400 Mark, 2. der Erhöhung des Gehalts des Schuldieners Schumacher um 300 Mk., 3. der Neuausstattung der Elstervorstadtschule (Kosten 2450 Mk.), 4. der Mädchenbürgerschule (Kosten 700 Mk.), 5. der Wiedererrichtung einer eingezogen gewesenen Lehrerstelle an der Mittelschule. Eine Vorlage wegen anderweitiger Regelung der Bezüge der beiden Tierärzte geht an die Finanzkommission zurück; unsere Vertreter hatten Gleichheit der beiden Aerzte verlangt, die jetzt nicht vorhanden ist. Auch die Erhöhung der Desinfektionsgebühren wurde nicht beschlossen; die Desinfektionen sollen ganz zu Lasten der Stadt geschehen; die Arbeitslöhne wurden um 100 v. H. erhöht. Die schon im Bericht über die letzte Arbeiterratssitzung geschilderte Milchpantscheraffäre wirft auch in der Stadtverordnetensitzung hohe Wellen; ohne Umschweife erklären unsere Vertreter, daß Herr Paul bis zur Erledigung des schwebenden Prozesses sein Mandat niederzulegen hat, was bis jetzt noch nicht geschehen ist. Eine Schenkung von 3000 Mk. wurde in geheimer Sitzung zurückgestellt, weil die Versammlung fast einhellig eine Aenderung der Bestimmungen wünschte.

— Die Milchpreise sind hier schon wieder erhöht worden. **Es kosten jetzt ab Laden oder Molkerei 1 Liter Vollmilch 52 Pfg.** (bisher 48 Pfg.), Mager- oder Buttermilch 30 Pfg. (bisher 25 Pfg.), von Molkereien einwandfrei gelieferte Vollmilch einschließlich Kindermilch sogar 58 Pfg. das Liter. **Die Erhebung**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190605-16/fragment/page=0006

des letzteren Preises setzt allerdings die Genehmigung der Provinzialfettstelle in Magdeburg voraus.

— Die Leiche der seit einigen Tagen vermißten Dörrenbach aus Tangermünde ist im hiesigen Hafen gelandet worden. Die Betreffende hatte sich seinerzeit von ihrer Dienststelle bei Herrn Dr. Kreutzkamp entfernt und ist jedenfalls in selbstmörderischer Absicht in die Elbe gegangen.

Piesteritz. Aus dem Gemeinderat. In der letzten Sitzung wurde Genosse Kunz mit 11 von 16 abgegebenen Stimmen zum Schöffen gewählt. Zweiter Punkt war Straßenbau in der Sachsenland-Kolonie. Nach eingehender Debatte werden die Kosten zum Ausbau der Straßen bewilligt. Beschlossen wird, von der Heeresverwaltung zwei Lastautos anzukaufen. Zum Bau der von der Gemeinde vergebenen Wohnhäuser ist ein vorübergehendes Darlehen von 200 000 Mk. aufzunehmen, und es wird demgemäß beschlossen. Auf die Eingabe der Gemeinde wegen direkter Belieferung derselben mit Lebensmitteln ist Bescheid eingegangen, daß die Verteilung wie bisher bleibt. Gegen eine monatliche Entschädigung von 100 Mark übernimmt der Konsumverein Kleinwittenberg die Lagerung und Ausgabe der Waren. Gen. Niemchen führt Beschwerde darüber, daß die Kaufleute die Lebensmittel in offenen Gefäßen vom Lager holen. Bei dem hier herrschenden Staub ist das sehr unappetitlich. Es ist doch eine leichte Mühe, die Gefäße zu bedecken. Der Gemeindevorsteher gibt bekannt, daß reichliche Fischzufuhren, frisch und geräuchert, zu erwarten seien. Die Kaufleute müssen sich jedoch zu fester Abnahme verpflichten. Da im September der Gemeindevorstand sein Amt niederlegt, hat die Kommission von den eingegangenen Bewerbungen sich auf den Kaufmann Genossen Kunz geeinigt.

Liebenwerda. Zur Butterversorgung. Zu der mangelhaften Butterablieferung schreibt man uns folgendes: Mit der heutigen Butterversorgung kann es nicht weitergehen. Es wird bereits wieder die Zwangsablieferung der Milch an die Molkereien gefordert, wodurch es nur noch schlechter werden könnte, denn unsere Futterverhältnisse und die Geldgier der Bauern in Verbindung mit der dann eintretenden Verärgerung über den Zwangsanschluß würden die habgierigen Bauern dann veranlassen, noch weniger Milch abzuliefern und die Geheimbutterung blühte nach wie vor. Wir Unterzeichneten haben daher eine Grundlage zur Erfassung der Butter und der Milch aufgestellt. Nach verschiedenen Feststellungen und eigenen Erfahrungen gibt eine Stallkuh bei schlechten Futterverhältnissen aufs höchste etwa 1000 Liter pro Jahr. Eine Wirtschaft mit 6 Kühen liefert also 6000 Liter. Sind in der Wirtschaft z. B. 6 Selbstversorger, so würden etwa 1500 Liter abgehen. Denn ein Selbstversorger erhält pro Tag ¼ Liter, ist pro Jahr 91¼ Liter. An Butter erhält er wöchentlich 100 Gramm, oder pro Jahr 10 Pfund und 200 Gramm. Auf ein Pfund Butter kommen 15 Liter Milch. 10 Pfund und 200 Gramm Butter sind also 162 Liter Milch. Zusammen 162 + 91¼ = 253¼ Liter braucht also jede Person im Jahr. Daher 6 Personen pro Jahr rund 1500 Liter Milch. Erzeugt werden 6000 Liter, ab 1500 bleiben 4500 Liter. Wenn 15 Liter Milch ein Pfund Butter geben, so ist 15 in 4500 gleich 300 Pfund Butter, also wöchentlich ungefähr 5¾ Pfd. Butter auf sechs Stallkühe abzugeben. Und was wird abgegeben? Aufs höchste 2 bis 3 Pfund. Denn die Herren vom Bauernrat rechnen auf jede Kuh ein Stückchen (½ Pfund) Butter. Der Kuhhalter mit einer Kuh soll auch bei größerer Familie ein Stückchen abgeben. Abgerackerte Zugkühe geben aber höchstens 700—750 Liter Milch. Wenn auf die angegebene Art die Butterabgabe eingeführt wird, kommt genügend Butter zur Verteilung. — Nun noch eins! Vor einer Zeit war eine Verordnung im Kreisblatt bekanntgegeben, daß jeder Kuhhalter die Hälfte der Magermilch als Quark oder Milch abgeben müsse. Wie denkt man sich das? Die kleinen Besitzer mit 4 Liter Magermilch sollen die Hälfte abgeben? Tut er es nicht, ist er ein Lump! Der Großbesitzer hat etwa 100 Liter Magermilch pro Tag. Was macht er damit? Verbrauchen kann er also die Hälfte selbst. Bitten auch hier dafür zu sorgen, daß eine Aenderung eintritt. Es könnte also höchstens ein Liter pro Person als Selbstversorger erhalten. Die Berechnung scheint gut zu sein, aber der gute Wille der Bauern ist höchst zweifelhaft, denn die Erfahrungen lehren es Tag für Tag. Bei Beseitigung der Zwangsablieferung gaben alle Bauern die heilige Versicherung ab, ihre Abgabepflicht zu tun. Und jetzt? Viel versprochen und wenig gehalten.

Blumberg. Ueber Gewaltfrieden und Gewaltpolitik sprach in gutbesuchter Volksversammlung Gen. Naumann-Mühlberg. Der Redner rechnete mit der Kriegspolitik der Machthaber und den gegenwärtigen nationalistischen Hetzereien und Treibereien gründlich ab. Unter lebhaftem Beifall forderte Redner die Einigung der gesamten Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage, um die Revolution weiterzutreiben.

In der Diskussion wurde die Zustimmung ausgedrückt und die Förderung des kürzlich gebildeten Parteivereins der U. S. P. besprochen, dem in den abgelegenen Oertchen bereits 30 Mitglieder beigetreten sind. Das Verhalten des Rittergutsbesitzers Hacke wurde scharf kritisiert. Die Landarbeiterbewegung auf seinem Gut in Alt-Lönnewitz hat es ihm angetan, und besonders deshalb, weil die Landarbeiter bei der Kreistagswahl die unabhängige Liste gewählt haben. Man sieht also, daß die Macht der Junker noch nicht gebrochen ist. Aber die sozialistische Bewegung marschiert auch bei uns, das hat diese Versammlung gezeigt.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 5. Juni 1919.

Unterrichts- und Fortbildungskurse.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse und deren Stellvertreter des Wirtschaftsgebiets Halle.

Der kommende Sozialisierungsprozeß in unserem Wirtschaftsleben stellt so große und wichtige Anforderungen an alle oben benannten Personen, daß es Pflicht jedes einzelnen sein muß, sein Wissen zu vervollkommnen, um auch wirklich imstande zu sein, das in ihn gesetzte Vertrauen voll zu rechtfertigen.

Aus diesem Grunde beabsichtigt die Zentralstelle der Betriebsräte für das Hallische Wirtschaftsgebiet, der Mittlere Arbeiterrat, so wie es in vielen anderen Orten der Fall ist,

Unterrichts- bzw. Fortbildungskurse

einzurichten und so jedermann Gelegenheit zu geben, daran teilzunehmen, um sich weiterbilden zu können. Es soll dadurch erreicht werden, sich soviel Kenntnisse anzueignen, daß jeder imstande ist, nicht ganz unvorbereitet an das für den größten Teil der Arbeiterschaft ganz neue Gebiet heranzutreten.

Es ist beabsichtigt, folgende Unterrichtsfächer zuerst zu berücksichtigen:

1. Buchführung, verbunden mit Abfassung von Sitzungsprotokollen;
2. kaufmännisches Rechnen;
3. Betriebs- und Gewerbekunde;
4. Gewerbehygiene.

Der Unterricht soll nach Pfingsten beginnen. Um erst einmal einen Ueberblick zu erhalten, wie groß die Teilnehmerzahl eventl. sein würde, ersuchen wir alle unsere Freunde, ihre oben benannten Vertrauenspersonen zu veranlassen, sich betriebsweise schriftlich mit Namen und Wohnung jedes Teilnehmers versehen, der Obmann an erster Stelle angeführt, bis 15. Juni beim Mittleren Arbeiterrat, Halle, Stadthaus, Schmeerstr. 1, 2 Treppen, mit der Aufschrift: „Betriebsrat" zu melden. Sorge jeder in seinem Betriebe, daß die Anmeldung geschieht. Vor Anfang des Unterrichts findet eine Versammlung statt, um etwaigen Wünschen Rechnung tragen zu können.

Der Mittlere Arbeiterrat.

Zuckerbrot und Peitsche.

Das kapitalistische Unternehmertum versteht es noch immer ausgezeichnet, den Arbeiter zu ködern und seinen Zwecken dienstbar zu machen. Wehe dem Arbeiter, der sich von diesen scheinheiligen Edelmenschen seine Klassenehre abhandeln läßt. Die A. Riebeckschen Montanwerke stellen ihren Arbeitern in Osendorf Pachtland zur Verfügung. Wie es mit diesem „Zuckerbrot" aussieht, darüber belehrt uns der Paragraph 6 des Pachtvertrages. Derselbe lautet:

„Bleibt eine Pachtrate ganz oder zum Teil über acht Tage im Rückstande oder beteiligt sich ein Pächter, der bei der Verpächterin in Arbeit steht, an Ausständen, oder wird das Arbeitsverhältnis zwischen ihm und der Verpächterin sonst aufgehoben, so ist die Verpächterin berechtigt, nach ihrer Wahl entweder sich an die Früchte der Pachtparzelle zu halten oder das Pachtverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aufzuheben. Im letzteren Falle hat der Pächter keinen Anspruch auf Ersatz irgendwelcher Kosten, insbesondere auch nicht auf die Kosten, die der Pächter auf die noch nicht geernteten Früchte verwendet hat. Pächter hat nur Anspruch auf Erlaß des Pachtgeldes für das laufende Pachtjahr, falls für das zurzeit der Auflösung des Pachtverhältnisses laufende Pachtjahr die Aberntung weder ganz noch teilweise erfolgt ist."

Sollte es wirklich einen klassenbewußten Arbeiter geben, der dieses Machwerk kapitalistischer Bauernfängerei unterschreibt?

*** Das Luftbad.** Im Verein Gesundheitspflege sprach am Freitag voriger Woche Herr Biblmaier über Das Luftbad. Die Haut ist eine Schutzdecke für die inneren Organe, ein Mittel zur Regelung des Blutumlaufes, des Stoffwechsels, der Körperwärme, zur Entlastung und Entgiftung des Körpers und schließlich zur Beeinflussung unseres Seelenzustandes und unserer Stimmung. Der Zweck des Luftbades besteht darin, die Blutgefäße und besonders ihre regelnden Nerven durch Uebung zu erziehen, daß sie auf geringe Reize antworten. Solch eine geübte Haut nennt man „abgehärtet". Von unschätzbarem Werte ist das Lichtluftbad zur Erholung nach schwerer Erkrankung und zur Stählung des Körpers, um ihn gegen schädliche Einflüsse gewappnet zu machen. Während das Lichtluftbad immer mit Muskeltätigkeit verbunden sein muß, werden Bestrahlungen in Ruhe genommen. Das ist das Sonnenbad. Bei unvorsichtiger Besonnung kann eine sehr schmerzhafte Entzündung der Haut entstehen, die oft mit fieberhaften Allgemeinerscheinungen verbunden sein kann. Für Nervöse ist das Sonnenbad Gift. Eine Reihe Lichtbilder, namentlich aus Familienbädern, teilweise lustigen Inhalts, wurden den Zuhörern vorgeführt. Der Verein besitzt ein schöngelegenes Luftbad in den Pulverweiden, das Anschluß an die städt. Flußfreibäder hat. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Buchhandlung Patrunky, Barfüßerstraße 12.

*** Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, gelangt Richard Wagners Lohengrin zur Aufführung. Freitag 7½ Uhr wird Schillers Wilhelm Tell wiederholt. Sonnabend Der Barbier von Sevilla. Sonntag (1. Pfingstfeiertag) nachmittags 3½ Uhr Volksvorstellung Johannisfeuer, abends 7½ Uhr Der Zigeunerbaron, Operette von Johann Strauß. Montag (2. Pfingstfeiertag) nachmittags 3½ Uhr Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen Die Rose von Stambul, abends 7½ Uhr Martha, Oper von Flotow.

Osendorf. Distriktsversammlung. Am Freitag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, findet im Dreierhaus in Osendorf eine Mitgliederversammlung der U. S. P. des 2. Distrikts statt. Es stehen sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung.

Dammendorf. Wo war die „Einwohnerwehr"? Trotz Bestehens einer kostspieligen Einwohnerwehr haben Langfinger kürzlich auf der Krügerschen Mühle eingebrochen und fünf Zentner Mehl entwendet. Der Besitzer, Gemeindevorsteher Krüger, hat die eigentümliche Ansicht, daß die sozialistische Propaganda die Leute zu Gewalttätigkeiten aufreize. Er war auch einer derjenigen, die sich für Schaffung einer Einwohnerwehr besonders ins Zeug legten, um gegen „spartakistische" Plünderungen gewappnet zu sein.

Beesedau. Gemeinderatssitzung. Für einige Gemeindebeamte wurden Gehaltszulagen bewilligt. Zur Kohlenversorgung wurde der Verdienst eines Händlers geregelt und beschlossen, daß der Arbeiterrat Großmann beim Abwiegen der Kohlen zugezogen werden muß. Sodann wurde beschlossen, die Realsteuer von 180 auf 250 Prozent zu erhöhen, da die Ausgaben der Gemeinde so große sind, daß neue Wege zur Deckung gefunden werden mußten.

Allerlei.

5000 Menschen umgekommen.

Amsterdam, 4. Juni. Das Haager Korr.-Bureau meldet amtlich. Bei dem Ausbruch des Vulkans Kloet (auf Java) sind ungefähr 5000 Menschen umgekommen.

Automobilunglück im Taunus.

Bei Königstein im Taunus geriet das den Verkehr mit dem Feldberg vermittelnde Personenauto infolge übermäßiger Belastung — im Wagen waren statt 10 35 Personen — ins Rutschen und rollte mit großer Schnelligkeit zurück. Die Reisenden, deren sich eine furchtbare Panik bemächtigte, sprangen größtenteils vom Wagen ab. Zwei Frauen wurden überfahren und getötet, drei Männer wurden lebensgefährlich verletzt andere mehr oder weniger schwer verwundet.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Gottlieb Kasparek; für Anzeigen Hermann Schade; Verlag Volksblatt G. m. b. H.; Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Mein Mann und Ich kaufen

Alles bei **Alex Michel**

1579

Konfektion.

Musselin-Blusen			45^{50}	39^{75}	29^{75}	**28^{50}**
Volle-Blusen			48^{75}	46^{75}	38^{50}	**36^{75}**
Weiße Blusen			57^{75}	55^{50}	45^{50}	**39^{75}**
Schoß-Blusen			75^{50}	73–	69^{75}	**57^{75}**
Kleider			198–	188^{75}	148^{75}	**128^{50}**
Röcke	98–		95^{50}	85^{50}	65^{50} 56^{75}	**48^{75}**
Seiden-Röcke			152–	148^{75}	115^{75}	**98–**
Mäntel	123^{50}	116^{75}	99^{75}	85^{50}	78^{75}	**68–**
Seidenblusen			82–	79^{75}	72^{75}	**68^{75}**

Herren-Artikel.

Selbstbinder	11^{50}	10^{50}	9^{75}	**8^{75}**
Regattes	3^{75}	2^{25}	1^{50}	**95 ₰**
Kragen	3^{95}	2^{75}	2–	**1^{50}**
Sportkragen	6^{25}	5^{95}	5^{75}	**5^{50}**
Strohhüte	11^{50}	9^{75}	7^{75}	**6^{75}**
Hosenträger	5^{75}	4^{95}	3^{50}	**2^{75}**
Damen-Hüte	27^{50}	23^{75}	21^{50}	**19^{50}**
Kinder-Hüte	9^{50}	8^{50}	6^{50}	**4^{75}**
Backfisch-Hüte	26^{50}	17^{50}	13^{50}	**9^{50}**
Frauen-Hüte	28^{75}	24^{50}	22^{50}	**20^{50}**
Damen-Formen	25–	21–	18^{50}	**12^{50}**

Weißwaren.

Blusenkragen	5^{75}	3^{95}	2^{75}	2^{25}	**1^{75}**
Jabots	10^{50}	9^{75}	8^{95}	6^{75}	**5^{75}**
Kinderkragen	5^{50}	4^{50}	2^{85}	2^{50}	**2^{10}**
Halsketten	4^{75}	2^{25}	1^{50}	1^{25}	**75 ₰**
Broschen	3^{50}	2^{75}	1^{75}	1^{25}	**95 ₰**
Handtaschen	6^{75}	5^{50}	4^{25}	3^{25}	**2^{95}**
Kirsch-Ranken	98	88	75		**65 ₰**
Blumen-Ranken	1^{98}	1^{75}	1^{55}		**88 ₰**
Röschen-Tuff	1^{25}	75	55		**40 ₰**
Bunte Buketts	2–	1^{25}	90		**75 ₰**
Rosen	3^{50}	2^{75}	1^{75}		**1^{60}**

In sämtlichen Abteilungen vorteilhafte

Pfingst-Angebote

Blusen in Voile, Seide, Chiffon, Mk. **128.50—29.50.** × **Röcke,** in Seide und guten Stoffen verarbeitet, Mk. **125.00—29.50.** × **Damen- und Backfischkleider** in weiß und hellfarbig, Mk. **148.00—129.50.**

Kinderkleidchen aus Woll- und Waschstoffen, alle Größen.

Strohhüte für **Damen, Kinder,** garniert und ungarniert, in großer Auswahl.

Spitzenkragen × Jabots × Handschuhe × Strümpfe × Kindersöckchen × Haarschmuck Halsketten × Broschen × Korsetten × Bänder × Blumen × Reiher ×

Herren- und Knaben-Anzüge × Wasch-Anzüge × Leibchen-Hosen × Herren- und Knaben-Strohhüte und -Mützen × Herren-Wäsche × Krawatten × Hosenträger × Sandalen × Segeltuch-Schuhe × 1586

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

U. S. P. Bitterfeld. U. S. P.

Sonnabend, den 7. Juni 1919, abends 7½ Uhr, in Doerings Konzerthaus:

Gr. öffentliche Volksversammlung.

1. Thema: Die Ursachen des Zusammenbruchs.
Redner: Genosse v. Beerfelde, Hauptmann a. D., Berlin.
2. Thema: Was nun? Redner: Genosse Eisel, Berlin.

Eintritt Mk. 1.—,
für Mitglieder 25 Pfg., bei Vorlegung des Mitgliedsbuches.

*1074 **Der Vorstand. J. A.: Franz Stammer.**

Rucksäcke mit prima Lederschnallen, um damit zu räumen, jetzt zum Aussuchen, A Stück nur 3,50 Mark, bisher. Preis 8 u. 10 M. **Ein- u. Verkaufs-Haus.** 22 Schülerhof 22 dicht am Marktplatz.

Gebrauchtes 1589 **Tischlerhandwerkszeug** zu verkaufen **Bergstr. 4 p.**

Billig zu verkaufen! Gebr. ältere Möbel: Schreibsekretär, Kleidergestell, klein. Sofa mit zwei Sesseln, Bettstelle mit Matratze. 1593 **Gütchenstrasse 7 p. l.**

Gold 3½ fach. Wert Münzen, Silber, Platin, Zahnstifte kauft **Voss,** Geiststr. 46. 1599

Mandolinen nur gute Instrumente, werden jetzt um zu räumen, weit unter Preis verkauft 1601 Schülerhof 22, ptr.

1 Klavier tafelförmig, billig zu verkaufen. *1075 **Schraplau, Lindenstr. 6.**

Empfehlen zur Anschaffung:
Das Rätesystem von E. Däumig. Preis 30 Pfg. Porto 5 Pfg.
Durch Generalstreik zum Sozialismus von Wilh. Koenen. Preis 20 Pfg. Porto 5 Pfg.
Die Diktatur des Proletariats von Lenin. Preis 2 Mk. Porto 15 Pfg.
Was trennt uns Unabhängige von den Rechtssozialisten von Marchionini. Preis 30 Pfg. Porto 5 Pfg.
Unabhängig. Sozialdemokratie oder Kommunistische Partei von Fritz Puchta. Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg.
Erziehung zum Sozialismus. Ein Manifest v. Otto Rühle. Preis 1 Mk. Porto 5 Pfg.
Volksbuchhandlung, Halle (S.), Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Der Verkauf von **Reis** beginnt am Freitag, den 6. Juni. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 80 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Reis einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 330 des Warenbezugscheines 22.

Halle, den 5. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von gemischtem Dörrobst

in der Talamtschule am Freitag, den 6. Juni 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 56501—61500, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 61501 bis 67000, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Viertelpfund zum Preise von 1 Mark für das Viertelpfund abgegeben werden.

Das Dörrobst ist vor dem Kochen 24 Stunden in kaltem Wasser aufzuweichen.

Halle, den 5. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Fortsetzung der zweiten Sonderverteilung im Anschluß an die Verteilung von Streichkäse

in der Talamtschule, am Freitag, den 6. Juni 1919. Zugelassen zum Einkauf werden nur die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 42001—42600 in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr. Es kommen verschiedene beschlagnahmte Waren zur Verteilung.

Halle, den 5. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Wurstverkauf.

In der Woche vom 2.—8. d. Mts. wird bei den Fleischern für jede Person eines Haushaltes 50 Gramm Wurst verabfolgt. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 7. d. Mts. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marken 4 A und 4 B der Reichsfleischkarten zu erfolgen.

Halle, den 3. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Seefisch-Verkauf.

Der Verkauf findet am Freitag, den 6. Juni 1919, den ganzen Tag in den einschlägigen, bekannten Geschäften markenfrei statt. Es kann jedes Quantum abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Es ist noch eine größere Zufuhr eingetroffen, ein Anstellen vor den Geschäften ist daher unnötig.

Halle, den 5. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Die Inhaber von **Gastwirtschaften** werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden **Zuckermarken,** und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A bis G am Freitag, den 6., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben H—N am Sonnabend, den 7., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben O—S am Mittwoch, den 11., und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben T—Z am Donnerstag, den 12. Juni 1919, vormittags von 8—12½ Uhr, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer 9, abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen. Am Dienstag, den 10. Juni 1919, findet die **Ausgabe** der Marken **nicht** statt.

Halle, den 5. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Merseburg.

Kirschenverpachtung.

Die diesjährige Kirschnutzung auf den hies. städtischen Anpflanzungen, und zwar:

a) auf der Merseburg—Clobigkauerstraße bis zur Grenze der Merseburger Flur,
b) auf dem Gerichtsrain bis zur Lauchstedterstraße und auf dem Wege längs der Eisenbahn vor dem Klaukentor,
c) auf der Kriegsstädterstraße von der Lauchstedterstraße bis zur Merseburg—Knapendorfer Flurgrenze und auf dem Verbindungswege von der Lauchstedterstraße nach der Kriegsstädterstraße,
d) auf der Merseburg—Geusa—Zscherbenerstraße bis zur Merseburger Flurgrenze,
e) auf der Weißenfellerstraße und der Bäume auf der alten Naumburgerstraße,
f) auf der Kirschpflanzung hinter dem Exerzierplatz,
g) auf dem Abhange des früher Burkhardtschen Feldplans vor dem Klaukentor,

soll am Dienstag, den 10. Juni 1919, vormittags 9½ Uhr, im Geschäftszimmer des Magistrats, Rathaus 2 Treppen, öffentlich verpachtet werden.

Die Bedingungen der Verpachtung sind vorher gegen Erstattung der Druckkosten in Höhe von 50 Pfg. im Geschäftszimmer des Magistrats, Rathaus 2 Treppen, Zimmer 18 in Empfang zu nehmen. Hierbei hat jeder Bietungslustige schriftlich zu erklären, daß er diese Bedingungen als für ihn geltend anerkennt, andernfalls wird er nicht zum Bietungstermin zugelassen. *1077

Merseburg, den 3. Juni. **Der Magistrat.**
L. A. II. 1567/19.

Vermißtennachforschung.

Die bei der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen sich bietende Gelegenheit, über das Schicksal unserer Vermißten weitgehendste Aufklärung zu erhalten, soll vom Kriegsministerium in folgender Weise ausgenutzt werden.

In den Durchgangslagern, welche die Kriegsgefangenen beim Eintreffen in der Heimat passieren müssen, erhält jeder Kriegsgefangene eine Liste der Vermißten seines Truppenteils mit Angehörigenadressen. Auf Grund dieser Listen sollen die Zurückgekehrten in den Durchgangslagern Angaben über das Schicksal ihrer Kameraden machen. Jeder erhält seine Liste auch beim Verlassen des Durchgangslagers, um auch später noch weitere Angaben machen zu können.

Das Kriegsministerium kann diese Listen nicht vollständig aufstellen, da teilweise die Angehörigen-Adressen fehlen und noch Truppenmeldungen ausstehen. Es muß daher die Hilfe der Angehörigen in Anspruch nehmen und bittet jeden, der bisher ohne irgend eine Nachricht über einen vermißten Heeresangehörigen ist, **um sofortige Uebersendung einer einfachen Postkarte** (keine Briefe oder Listen) mit folgendem Inhalt:

Anschriftseite: An das Zentral-Nachweis-Bureau des Kriegsministeriums, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 48, Angabe der Adresse des Absenders.

Rückseite: Angabe des Truppenteils, der Kompagnie rc., des Dienstgrades, Namens, Vornamens, Geburtstages und Geburtsortes des Vermißten und Tag und Ort des Vermißtseins (deutliche Schrift, ohne weitere Zusätze).

Sämtliche Nachforschungen durch das Zentral-Nachweis-Bureau erfolgen kostenlos. *1077

Im Anschluß an die Lustbarkeits- und Eintrittskartensteuerordnung vom 25. Februar 1919 (Bekanntmachung vom 27. Mai 1919 zu V. 3078/19) sind vom Magistrat folgende Ausführungsvorschriften ergangen, welche hiermit auszugsweise mit dem Bemerken bekanntgegeben werden, daß Eintrittskarten zunächst nur für die nichtständigen Veranstaltungen in unserm Steueramt gegen Erstattung der Selbstkosten erhältlich sind.

A. Lustbarkeitssteuer.

1. Die Veranlagung der Lustbarkeitssteuer erfolgt im Stadtsteueramt, woselbst gleichzeitig der vorgeschriebene Landesstempel (Stempelsteuergesetz vom 31. 7. 1895/26. 6. 1909, Tarifstelle 39 . . .) mit in Rechnung zu stellen ist.

2. Die Anmeldung jeder Veranstaltung geschieht durch Vordruck, welche im Stadtsteueramt kostenlos erhältlich sind. Sofern besondere polizeiliche Vorschriften (vgl. § 18 d. O.) zu beachten sind, hat der Veranstalter zuvor eine Bescheinigung der Polizeibehörde beizubringen.

B. Eintrittskartensteuer.

I. Ständige Veranstaltungen (Theater, Kino, Lichtspiele usw.).

1. Die Anmeldung der Veranstaltung erfolgt wie zu A 2. nach Vordruck für einen besonders zu vereinbarenden Zeitabschnitt, der jedoch nicht eine Woche überteigen darf.

2. Gleichzeitig mit der Anmeldung ist mit dem Veranstalter eine Abrechnung im Durchschreibeverfahren nach Muster 6 über die ausgegebenen oder zu verwendenden Eintrittskarten aufzunehmen. Ein Stück dieser Abrechnung verbleibt zunächst beim Steueramt, das zweite Stück erhält der Veranstalter zur Mitprüfung.

Kurz vor Ablauf des Zeitabschnitts zu B I 1 für welchen die Eintrittskarten abgestempelt worden sind, sind die nicht verwendeten Eintrittskarten dem Steueramt mit dem zweiten Stück der Abrechnung vorzulegen. Das Steueramt setzt danach die zu zahlende Kartensteuer fest und führt das Veranlagungsverfahren zu A 1—3 durch. Lose Eintrittskarten gelten als verkauft und sind steuerpflichtig.

3. Vorrätige Eintrittskarten hat der Veranstalter kaum zur Verwendung kommen, sofern den Bestimmungen der Steuerordnung genügt wird. Es dürfen demnach nur Karten verwendet werden, welche mit fortlaufender Nummer versehen, in Blocks vereinigt und mit dem Namen des Veranstalters versehen und vom Magistrat (Steueramt) abgestempelt sind. Die Karten sollen ferner die Höhe des Eintrittspreises und den Betrag der Kartensteuer enthalten.

Wenn der Ausdruck des Eintrittspreises und Steuerbetrages fehlt, wird er auf Kosten des Veranstalters durch Stempelaufdruck angebracht.

II. Nicht ständige Veranstaltungen (Vereine, Konzerte, Vorträge usw.).

1. Anmeldung der Veranstaltung durch Vordruck.
2. Abrechnung nach Vordruck durch den Veranstalter.
3. Grundsätzlich findet für nicht ständige Veranstaltungen vorherige Entrichtung der Kartensteuer nach der Höchstzahl der vorhandenen Plätze (Sitz- oder Stehplätze) statt. — § 11 letzter Absatz der Ordnung.
4. Ueber alle nicht ständigen Veranstaltungen hat der Unternehmer (Gastwirt, Verein usw.) die im § 8 letzter Absatz a. a. O. vorgeschriebene Nachweisung zuführen. Vorlage derselben an den Magistrat wird von Fall zu Fall besonders verfügt.

C. Ueberwachung und Freikarten (Ausweise).

1. Als „Ausweise" für die Beauftragten des Magistrats im Sinne der §§ 7 und 15 der Ordnung dienen unterstempelte und vom Magistratsdirigenten unterschriebene Bescheinigungen.

Für die städtischen Polizeibeamten, soweit sie sich in Ausübung ihres Dienstes befinden, bedarf es dieser Bescheinigung nicht.

Merseburg, den 24. Mai 1919. *1077
V. 3330/18. **Der Magistrat.**

Kleinhandelshöchstpreise für Butter.

I.

Nachdem durch Anordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 5. Mai 1919 (Amtsblatt der Regierung Merseburg vom 17. Mai 1919) die Erzeugerhöchstpreise für Butter geändert worden sind, werden nach Anhörung der Preisprüfungsstelle die Höchstpreise für Molkereibutter für den Bezirk der Stadt Merseburg anderweit wie folgt festgesetzt:

	Handelsware I (Ware von einwandfreier Beschaffenheit) Mk.	Handelsware II (nicht vollwertige Molkereibutter) Mk.	Abfallende Ware Mk.
1. im Großhandel: Höchstpreis für 50 kg	417	397	227
2. im Kleinhandel: Höchstpreis für 1 ℔	4.30	4.10	2.40

II.

Etwaiges Fehlgewicht, soweit der Absender nicht verantwortlich gemacht werden kann, hat die Empfangsstelle zu tragen. Der Kleinhändler hat netto zu wiegen, und die Kosten des Einwickelungsstoffes zu übernehmen. Ihm ist die Abrundung der Bruchteile von Pfennigen nach oben gestattet.

III.

Die in dieser Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betr. Höchstpreise vom 4. 8. 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. 12. 1914 (R.G.Bl. S. 516) in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 21. 1. 1915 (R.G.Bl. S. 25), 233. 1916 (R.G.Bl. S. 183) und vom 22. 3. 1917 (R.G.Bl. S. 253).

IV.

Strafbestimmungen.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Auch der Versuch ist strafbar. Neben der Strafe kann auch auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

V.

Die vorstehende Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Merseburg, den 30. Mai 1919. *1077
L. A. II. 1425/19. **Der Magistrat.**

Eilenburg.

Auf Grund der §§ 6 und 12 der V. R. V. zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 (R. G. Bl. S. 1140) und des Abschnitts 7 des Erlasses des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 24. September dieses Jahres St. 4422 ordne ich für den Gemeindebezirk der Stadt Eilenburg hiermit an:

1. daß die Vermieter von Wohnräumen ein Mietsverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes kündigen können, insbesondere wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietssteigerung erfolgt,
2. daß ein ohne Kündigung abgelaufenes Mietsverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Mietseinigungsamtes zu dem Ablauf erwirkt hat.

Merseburg, den 25. November 1918.
Der Regierungspräsident
I o 12429/18. **v. Gersdorff.**

Verdffentlicht!

Eilenburg, den 4. Dez. 1918. **Der Magistrat.**

Anträge der Vermieter auf Genehmigung von Wohnungskündigungen zum 1. Oktober d. Js. sind spätestens bis zum 9. Juni d. Js. beim Mietseinigungsamt schriftlich zu stellen. *1058 **Der Magistrat.**

In Nr. 122 der Eilenburger Neuesten Nachrichten vom 27. Mai 1919 veröffentlicht eine „Vereinigung der Inhaber möbl. Zimmer" einen Beschluß, wonach für ein möbliertes Zimmer ein Preis von 40 Mark, für ein solches mit Schlafzimmer 50 Mark ohne Bettwäsche und Handtücher festgesetzt ist.

Wir stellen hier ausdrücklich fest, daß die genannte „Vereinigung der Inhaber möbl. Zimmer" lediglich eine lose Gruppe von Interessenten darstellt, die nicht befugt ist, öffentlich Normalsätze für Zimmerpreise festzusetzen bzw. zu empfehlen. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß auch die Rechtsverhältnisse der **Altermiete** bzw. die Rechtsverhältnisse der mietsweisen Abgabe möblierter Zimmer der Mieterschutzverordnung des Bundesrats vom 23. Okt. 1918 unterliegen, daß somit Streitigkeiten über Beendigung sowie Erhöhung des Mietspreises der Zuständigkeit des Mietseinigungsamtes unterworfen sind. *1076

Es sei nochmals auf den hier in Frage kommenden § 6 der genannten Verordnung hingewiesen.

§ 6, 1. „Die Vermieter von Wohnräumen (auch möblierten!) können ein Mietsverhältnis rechtswirksam **nur mit vorheriger Zustimmung des Mietseinigungsamtes** kündigen, insbesondere, wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgt."

Im übrigen wird auf § 5 dieser Verordnung, der die Frage der Mietsteigerung regelt, verwiesen.

Auskunft erteilt wie bisher der Schriftführer des Mietseinigungsamts, Rathaus, Zimmer 12.

Eilenburg, den 3. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190605-16/fragment/page=0008